Mittwoch, 27. Februar 1929
11. Jahrg. Nummer 48

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0.60 Mk., monatlich 2.60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Mk., unter Streifband 3.00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 50 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Krebsnitzer Straße 50. Telephon 560 89. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Krebsnitzer Straße 50. Telephon 230 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Oberstraße 26. Telephon 4085; Görlitz, Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 9—10 Uhr. Verlagsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag" Berlin, Fil. Breslau, Krebsnitzer Str. 50.

Mord- und Verbotshetze gegen RFB

Polizeisozialist Beck-Gleiwitz plant, alle RFB.-Ortsgruppen im oberschlesischen Industriebezirk aufzulösen!

Breslau, 26. Februar.

Aus Anlaß der Erschießung des Primaners in Pankow, der dem Stahlhelm angehörte, nahm die Berliner Polizei am Sonntag und Montag eine ganze Reihe von Verhaftungen und Haussuchungen vor. Sie beschränkte sich nicht nur auf den Bezirk Pankow. Nicht weniger als sechs Verhaftungen wurden der „Roten Fahne" gemeldet. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Zahl der Verhafteten in Wirklichkeit noch größer ist. Die Verhafteten wurden auf dem Polizeipräsidium Stahlhelmern gegenübergestellt. Ueber das Ergebnis ist nichts bekannt geworden. Genosse Burchard aus dem 4. Bezirk wurde morgens aus dem Bett geholt. Gleichzeitig wurde in seiner Wohnung eine Haussuchung vorgenommen, die selbstverständlich ohne Ergebnis verlief. Er wurde erst abends 9.15 Uhr entlassen, nachdem er mehreren Stahlhelmern gegenübergestellt worden war.

Bis jetzt ist überhaupt noch nicht erwiesen, ob es sich bei der Mordtat in Pankow um einen politischen Mord handelt. Die gesamte Presse der Provinz hat den Mord sofort dem Roten Frontkämpferbund angehängt und fordert die Auflösung desselben. Die SPD.-Presse marschiert auch bei dieser infamen Hetze natürlich an der Spitze. **Nicht zu überbieten ist die Infamie der Breslauer sozialdemokratischen „Volkswacht". Sie bringt es fertig, eine Meldung über den Pankower Vorfall mit der Ueberschrift zu versehen: „Energische Untersuchungen gegen kommunistische Mörder."**

So wird die Hetze gemacht, um erstens die nötige Stimmung für die Auflösung des RFB. vorzubereiten, und zweitens, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den Schandtaten der SPD.-Führer abzulenken. Gerade jetzt in der Zeit der wachsenden Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter gegen Koalitionsschacher, Aufrüstungspolitik der SPD.-Führer und Verlegung des Parteitages, kommt den SPD.-Strategen die Mord- und Verbotshetze gegen den RFB. gerade recht. Ein würdiger Kollege Zörgiebels in Oberschlesien, der sozialdemokratische Polizeipräsident Beck in Gleiwitz, der die Auflösung der Ortsgruppe Hindenburg des Roten Frontkämpferbundes erwirkt hat, plant einen neuen Schandstreich. Man berichtet uns:

Der Rote Frontkämpferbund, Gau Oberschlesien, hat zusammen mit der Kommunistischen Partei die Arbeiter des Industriegebiets zu einer Kundgebung am Sonntag, dem 3. März, nach Hindenburg ausgerufen, um gegen die imperialistische, sozialdemokratisch-kapitalistische Koalitionspolitik der Müller-Severing-Stresemann-Regierung zu protestieren und die Aufhebung des Verbots der Ortsgruppe des RFB. Hindenburg zu fordern.

Gestern teilte der sozialdemokratische Polizeipräsident Dr. Beck in einer Unterredung dem Genossen Langner als Vertreter der Kommunistischen Partei und dem Kameraden Drzymalla, dem Gauleiter des RFB., die „Bedingungen" mit, unter denen die Kundgebung durchgeführt werden könne.

Diese „Bedingungen" sind die eines Polizeisozialisten in der „demokratischen" Republik.

Danach darf an der Kundgebung in Hindenburg kein Roter Frontkämpfer in Uniform, oder auch nur mit dem Bundesabzeichen versehen in Zivil, teilnehmen. Auch die Fahnen des RFB. dürfen nicht mitgetragen werden.

Der Polizeisozialist Beck rühmte sich, daß unter seiner Herrschaft die Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei und den RFB. „loyal" gewesen seien. Aber er lasse sich nicht auf der Nase herumtanzen. **Er werde**

„mit allen Mitteln verhindern",

daß der RFB. am Sonntag in Hindenburg aufmarschiere. Solange er Polizeipräsident sei, werde er verhindern, daß „solche Vorfälle, wie in Mannheim (wo die Arbeiter trotz Demonstrationsverbot aufmarschierten! D. Red.) in Oberschlesien passieren". Wenn der Rote Frontkämpferbund sich seinen Anordnungen nicht fügen werde, werde er den RFB. im ganzen Industriegebiet verbieten.

Diese unverhohlenen Drohungen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten wurden unseren Genossen mit demokratischen Phrasen serviert. Unter anderem erklärte Beck, daß jeder in Deutschland das Recht habe, zu demonstrieren und seine Meinung kundzutun.

Unsere Genossen erklärten darauf, daß diese Ausführungen an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen, daß also neben der Ortsgruppe Hindenburg der RFB. in ganz Oberschlesien verboten und daß die Kundgebung am Sonntag möglicherweise die „Gründe" für das Verbot liefern soll. Das steht allerdings im schroffsten Gegensatz zu den Beteuerungen des Polizeipräsidenten über die „Freiheiten" in dem demokratischen Staat, der nichts weiter ist als ein Herrschaftsinstrument der besitzenden Klasse und dem sich die Arbeiter, die Kommunistische Partei und der RFB. niemals beugen werden.

Die Drohungen des Polizeisozialisten Beck, der brutal erklärte, die Arbeiter durch die Schupo niederschlagen zu lassen, wenn sie sich seinem Diktat nicht fügen, der offen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes ankündigt, während er gleichzeitig Verbote faschistischer Organisationen aufhebt, liegen in der Linie der allgemeinen Offensive der deutschen Bourgeoisie gegen das Proletariat, und gegen den RFB. im besonderen. Sie liegen in der Linie der Vorbereitungen des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion. Der Rote Frontkämpferbund soll verboten werden, um die Kampfkraft des Proletariats zu schwächen! Nach dem Verbot des RFB. das Verbot der Kommunistischen Partei! Das ist der Plan der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Polizisten!

Diesen Plan zuschanden machen kann nur die Arbeiterklasse, indem sie sich geschlossen hinter die Kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund stellt und gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen die Bourgeoisie, ihre Republik und gegen die imperialistische Politik der SPD. führt!

Die Drohungen Becks sind Alarm für die oberschlesischen Industriearbeiter! Heraus deshalb am Sonntag, dem 3. März, zur Kundgebung in Hindenburg:

Gegen den deutschen Imperialismus!

Gegen die imperialistische Müller-Stresemann-Regierung!

Gegen den Polizeisozialismus der Severing, Grzesinski, Zörgiebel und Beck!

Gegen das Verbot des RFB. und der proletarischen Demonstrationen!

Für die Verteidigung der Sowjetunion, des proletarischen Vaterlandes!

Für eine deutsche Arbeiter- und Bauernregierung!

Sieg der Opposition auf der Luisengrube in Hindenburg

Hindenburg, 26. Februar. Gestern fand eine Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Kollegen der Luisengrube statt, in der die Aufstellung der Kandidatenliste zur Betriebsratswahl vorgenommen wurde. Trotz aller Bemühungen des Bürokraten vom BAV. stellte die Belegschaft

15 Oppositionelle, davon 11 Kommunisten und nur 5 Sozialdemokraten

als Kandidaten auf. Im vergangenen Jahre gehörten vom Betriebsrat nur 10 Kollegen der Opposition an.

Damit hat die 8000 Mann starke Belegschaft der Luisengrube den Reformisten die verdiente Quittung für ihren Verrat gegeben.

Kollegen in allen anderen Betrieben Schlesiens und Oberschlesiens, handelt ebenso!

Geheimer Kriegspakt zwischen Frankreich und Belgien

Im Interesse des Friedens — Vorbereitung des Krieges!

(Eig. Ber.) **Berlin, 25. Februar.**

Das holländische „Utrechtsch Dagblad" veröffentlicht in sensationeller Aufmachung einen geheimen Kriegsplan Frankreichs und Belgiens mit Ausführungsbestimmungen der beiderseitigen Generalstäbe, die aus dem Jahre 1927 stammen, während der eigentliche Geheimpakt bereits seit 1920 existiert.

Der wesentliche Inhalt der acht Artikel des geheimen Abkommens ist folgender:

Im Falle eines Kriegszustandes zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland unterstützen sich Frankreich und Belgien gegenseitig mit ihrer gesamten verfügbaren Macht. **Ohne jede vorherige Verständigung erfolgt die Mobilisierung in Frankreich und Belgien, sobald irgendeine Macht, die irgendwie durch Deutschland unterstützt wird, mobilisierende Absichten erkennen läßt.** In solchem Falle stellt Belgien 600 000 Mann, während Frankreich mit einer Truppenmacht von mindestens 1 200 000 Mann Belgien zu Hilfe kommt. In größter Eile soll

eine kräftige Offensive gegen Deutschland

einsetzen, und zwar gleichzeitig vom Norden und Süden aus. Die beiderseitigen Generalstäbe halten die erforderliche Verbindung zu den gemeinsamen Operationen aufrecht. Dieses Abkommen wird geschlossen für einen Zeitraum von 25 Jahren und ist mit einjähriger Frist kündbar. Der Artikel 8 bestimmt, daß dieses Abkommen streng geheim zu halten ist.

Die Ausführungsbestimmungen der beiden Generalstäbe, die aus dem Jahre 1927 stammen, besagen, daß die gegenseitige Waffenhilfe nicht nur im Falle eines Krieges gegenüber Deutschland und Holland, sondern auch gegenüber Italien und Spanien gilt. Im Falle eines französisch-italienischen Krieges hat Belgien zwei Infanterie-Divisionen zur Verfügung zu stellen, während bei einem belgisch-holländischen Konflikt Frankreich zwei Armeekorps zur Verfügung stellt. Belgien soll das Eisenbahnnetz nach Holland zu ausbauen, und die Linien

21 Textil-Hungerschiedssprüche

Das „neutrale" Schiedsgericht in voller Tätigkeit. — Textilarbeiter, organisiert die Abwehr!

Berlin, 26. Februar. Nach fünftägigen Verhandlungen verkündete am Sonnabend der vom Reichsarbeitsminister Wissell bestellte Vorsitzende des „neutralen" Schiedsgerichts für die Textilindustrie, der reaktionäre Professor Brahn, die 21 Schiedssprüche, welche von diesem Schiedsgericht einstimmig gefällt worden sind.

Nach Angabe des Abend-„Vorwärts" vom 25. Februar bewegen sich die Lohnerhöhungen zwischen zweiundfünf Pfennig pro Stunde. Die Reformisten preisen das als einen großen Erfolg und verweisen darauf, daß dieser Erfolg um so höher zu bewerten sei, weil die Unternehmer in den verschiedensten Gebieten einen Lohnabbau geplant haben. Diese neuen Hungerschiedssprüche haben zum größten Teil eine Geltungsdauer bis Ende 1930 und Februar 1931. Der Abend-„Vorwärts" behauptet, daß an diesem Ergebnis die große Zahl von „revolutionären klassenbewußten" Unorganisierten schuld sei. Nun, dieses Manöver wird dem reformistischen „Vorwärts" nicht glücken. Seite an Seite mit den organisierten Kollegen haben die Unorganisierten ihren Mann gestanden. Sie sind kein Hemmnis für die Fortsetzung des Kampfes, die Lügen der reformistischen Bürokratie müssen überall zurückgewiesen werden.

Was nun? Die sozialdemokratischen Führer verlangen, daß sich die Textilarbeiter, ohne daß sie in einer Urabstimmung oder sonstwie befragt werden, den Schiedssprüchen fügen sollen. Jetzt wird die Bürokratie alles einsetzen, um weiteren Widerstand unmöglich zu machen. Und doch müssen die Textilarbeiter in ihrem Lebensinteresse alle Anstrengungen machen, um dort, wo es noch irgend möglich ist, den Kampf fortzusetzen.

Die Schiedssprüche werden auf keinen Fall bis 1931 in Kraft bleiben. Auch wenn es jetzt den sozialdemokratischen Rednern gelingen sollte, in verschiedenen Bezirken die Kampffront zu erdolchen, der Kampf wird weitergehen, und diejenigen organisatorischen Maßnahmen, die noch nicht getroffen sind, müssen jetzt getroffen werden, damit in Zukunft ein derartiger Verrat wirkungslos bleibt. Die Reihen der Textilarbeiter müssen gestärkt, der Opposition muß in ihrem Kampfe gegen die reformistische Verbandsbürokratie, gegen die Agenten des Textilkapitals, größere Unterstützung zuteil werden. Die Textilarbeiter müssen jetzt, bei den Betriebsratswahlen, dafür sorgen, daß diejenigen Betriebsräte und Funktionäre beseitigt werden, die bei jedem Verrat mit den reformistischen Führern durch dick und dünn gehen.

Nieder mit den reformistischen Verrätern!

Organisiert die Kampffront unter Führung der revolutionären Opposition!

Antwerpen—Esschen und Antwerpen—Roermond auf vier Gleise bringen. Im Falle eines Krieges mit Deutschland soll die französische Armee wie 1923 an der Ruhr entlang nach Deutschland einmarschieren, während die belgischen Truppen sich auf Heinsberg und Geilenkirchen bewegen sollen. Die Nordarmee soll

auf drei großen Marschlinien durch die holländische Provinz Limburg marschieren,

und Belgien soll schon jetzt die dazu erforderlichen Straßen anlegen.

Das ist der wesentliche Inhalt sowohl des geheimen Paktes, wie der dazu herausgegebenen Ausführungsbestimmungen. Selbstverständlich wird die französisch-belgische Regierung diese sensationellen Veröffentlichungen der holländischen Zeitung dementieren, und „Petit Parisien" erklärt bereits, zu der kategorischen Erklärung autorisiert zu sein, daß das veröffentlichte Dokument nicht echt ist. Trotz dieser Dementis ist schon seit langen Jahren bekannt, daß ein solcher Plan besteht, der auch durchaus der französisch-belgischen Politik entspricht.

Dieser geheime Pakt läßt deutlich erkennen, mit welcher Sicherheit und Bestimmtheit die Regierungen und Generalstäbe Frankreichs und Belgiens mit kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen rechnen und sich unter der Maske der Abwehr und der Defensive für den offensivsten Kampf vorbereiten. Trotz Völkerbund und Locarno geschehen diese kriegerischen Vorbereitungen zu dem neuen Weltgemetzel. Auch Deutschland, wie die veröffentlichte Groenersche Denkschrift beweist.

Wie in der Vorkriegszeit ist noch heute die Geheimdiplomatie, das Schließen von Militärbündnissen der Staatengruppen untereinander, das wichtigste Moment in der Vorbereitung der künftigen kriegerischen Auseinandersetzungen. Der 6. Weltkongreß hat nach einer eingehenden Analyse festgestellt, daß die Kriegsgefahr in schnellem Tempo heranwächst und heute im Mittelpunkt der Weltpolitik steht. Auch dieses geheime Abkommen bestätigt erneut die Richtigkeit, und verpflichtet das internationale Proletariat, mit größter Entschiedenheit den Kampf gegen die systematischen Kriegsvorbereitungen der Imperialisten aller Länder zu führen.

Rosenfelder Fememordprozeß

TU. Stettin, 25. Februar. Am Montagvormittag um 11 Uhr begann vor dem Schwurgericht, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hoffmann, die Revisionsverhandlung im sogenannten Rosenfelder Fememordprozeß gegen Leutnant a. D. Edmund Heines und sieben weitere Angeklagte.

Die Anklage wirft den Angeklagten, die der Organisation Roßbach angehörten, vor, den im Jahre 1920 gleichfalls der Organisation Roßbach angehörenden 29 Jahre alten Arbeiter Paul Schmidt wegen angeblichen Waffenverrats in einem Walde bei Greifenhagen ermordet bzw. Beihilfe zum Mord geleistet zu haben.

*

Der erste Verhandlungstag brachte bereits sensationelle Enthüllungen und schwere Belastung der Reichswehr. Der Angeklagte Heine behauptete, daß die Roßbach-Organisation von der Reichswehr besoldet wurde.

Das Schwert der Weltrevolution

(Inprekorr.) **Moskau,** 24. Februar.

Die Rote Armee begeht den elften Jahrestag ihrer Gründung. Die Presse hat anläßlich dieses Jubiläums Sonderausgaben herausgebracht. Die Feier steht unter der Losung: Keinerlei Schwankungen bei der Industrialisierung des Landes, Ausbau der Sowjet- und Kollektivwirtschaften und Offensive gegen die Kulaken. Nur unter diesen Umständen werden wir die Wehrmacht der Sowjetunion und die Kampffähigkeit der Roten Armee festigen. An der Feier nehmen Abgeordnete der Ukraine und anderer Bundesrepubliken teil.

Ein von Woroschilow unterzeichneter Befehl des Revolutionären Kriegsrates sendet anläßlich des elften Jahrestages der Roten Armee den Werktätigen aller Länder einen flammenden Gruß und erklärt, die Jahresfeier der Roten Armee sei ein Fest nicht allein der Werktätigen der Sowjetunion, sondern auch der fortschrittlichen Arbeiter der ganzen Welt. Die Rote Armee wird im Geiste der internationalen Solidarität der Werktätigen erzogen. Ihre Waffen werden sich nie gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten richten. Die Sowjetunion will den Frieden und kämpft unermüdlich gegen den Krieg, doch werden die Werktätigen ihre Rote Armee für den Kampf gegen die imperialistischen Räuber festigen, um in der Stunde der Gefahr den Staat des sozialistischen Aufbaus vor Feinden zu schützen.

Subvention für Großkapitalisten! Kein Geld für Linderung der Wohnungsnot!

Subvention für Fleischpreis-Erhöhung

Im Landwirtschaftsausschuß des Preußischen Landtags stand ein Antrag der Wirtschaftspartei zur Beratung, der sich gegen die im „landwirtschaftlichen Notprogramm" festgelegten staatlichen Subventionen an Krupp, J. G. Farben, die Banken usw. zur Errichtung von Fleischfabriken wendet, bzw. die Bereitstellung weiterer Mittel ablehnt.

Die Fleischfabriken haben die Aufgabe, durch Herstellung von Konserven zur Ausfuhr auf dem Inlandsmarkt eine Fleischknappheit im Interesse der Steigerung der Fleischpreise zu erreichen. Ferner sind die Fleischfabriken nach kriegstechnischen Gesichtspunkten in Ostpreußen (!) und Schleswig-Holstein errichtet.

Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde am wütendsten von der SPD. und den Deutschnationalen bekämpft, wobei sich der „linke" Hartwig (Stettin) besonders hervortat.

Genosse Rau zeigte die Aufgaben der Fleischverwertungsfabriken auf und begründete unsere Zustimmung zum Antrag der Wirtschaftspartei. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten abgelehnt.

Gegen Beseitigung der Wohnungsnot!

Von der kommunistischen Fraktion lag dem Ausschuß des Preußischen Landtags folgender Antrag vor: (Drucksache Nr. 1012).

Der Landtag wolle beschließen:

Das aus den Staatsforsten kommende Bauholz in erster Linie den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, Arbeitern, Beamten, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden, insofern sie einen Eigenbau bewerkstelligen wollen, zum Gestehungspreise zu überlassen.

Bei allen Nutzholzverkäufen aus den Staatsforsten ist ferner den Arbeitern, Beamten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, deren Jahreseinkommen den Betrag von 4000 Mark jährlich nicht übersteigt, eine Zahlungsstundung nicht unter 3 Monaten zu gewähren.

In der Begründung des Antrages wies Genosse Rau besonders auf die täglichen Meldungen in der Presse über Erfrieren von Obdachlosen hin und betonte, daß Verbilligung des Bauholzes von einer Seite zur Lösung des Problems der Beschleunigung des Wohnungsbaues beitrage. Wieder war es die SPD., die sich besonders für die Ablehnung des Antrages einsetzte, ihr Redner Brandenburg erklärte, seine Fraktion stimme gegen den Antrag, weil er die Einnahmen der Staatsforstverwaltung vermindere. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD. abgelehnt.

Schutzmaßnahmen gegen die Hochwassergefahr!

Von der kommunistischen Reichstagsfraktion wurde folgender Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, angesichts der bei Schneeschmelze drohenden Hochwassergefahr gemeinsam mit den Länderregierungen alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutze von Menschenleben, Gemeinden, Verkehrswegen und Fluren zu treffen und einen für diesen Zweck ausreichenden Betrag bereitzustellen."

Aus aller Welt

Schwere Explosion in den Stickstoffwerken

TU. Trostberg, 25. Februar. In den hiesigen Stickstoffwerken brannte am Montag der etwa 30 Meter hohe Siloturm aus. Ein Arbeiter wurde durch die vorausgegangene Explosion getötet und vier andere schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Außerdem gab es einige Leichtverletzte. Die Fabrikfeuerwehr konnte den Brand auf den Entstehungsherd beschränken. Die Rauchentwicklung war so heftig, daß sich über die ganze Stadt dichte Rauchwolken verbreiteten. Nach Ansicht der Werksleitung ist der Brand wahrscheinlich durch unvorsichtiges Hantieren bei einer Ausbesserung entstanden.

Revolveranschlag auf den Boxer Dempsey oder Reklame?

TU. Neuyork, 25. Februar. In Miami drang ein Unbekannter in das Schlafzimmer des Boxers Dempsey, der bei einem Freund wohnt, ein und forderte den Boxer auf, sofort aufzustehen. Plötzlich feuerte er einen Revolverschuß auf Dempsey ab und verschwand, bevor der Angegriffene sich wehren konnte. Dempsey ist unverwundet geblieben. Ein Privatdetektiv ist mit der Aufklärung des Falles betraut worden.

Für 70 000 Mark gestohlene Rauchwaren sichergestellt. TU. Leipzig, 25. Februar. Die Leipziger Kriminalpolizei hat für 70 000 Mark Rauchwaren, die in zwei Posten zu 22 000 und 48 000 Mark Wert durch Einbruch gestohlen wurden, in einem Diebeslager entdeckt. Die mutmaßlichen Täter sind festgenommen und haben zum Teil auch schon ein Geständnis abgelegt.

Kohlenoxydgasvergiftungen in einer Kirche. TU. Soest, 25. Februar. In der Kirche in Borgeln wurden 40 bis 50 Besucher durch ausströmende Kohlenoxydgase ohnmächtig. Ein Arzt stellte fest, daß es sich um leichte Fälle handelt.

Der deutsche Dampfer „Lippe" gesunken. TU. Amsterdam, 25. Februar. Der 6000 Tonnen große deutsche Fracht- und Personendampfer „Lippe" vom Norddeutschen Lloyd, der von Chile nach Antwerpen unterwegs war, ist am Montagnachmittag nach einem Zusammenstoß mit einem englischen Dampfer bei Bath gesunken. Die Mannschaft, 70 Köpfe stark, wurde von einem belgischen Schlepper gerettet. Das englische Schiff ist stark beschädigt vor Anker gegangen.

Fünf Personen bei einer Explosion getötet. TU. London, 28. Februar. Nach Meldungen aus Glenville im Staate Georgia sind dort infolge einer Explosion in einer Sägemühle fünf Personen getötet und vier schwer verletzt worden. Ein junges Mädchen wurde durch einen Ziegelstein, der etwa 200 Meter weit geschleudert wurde und die hölzerne Wand eines Hauses durchschlug, getötet.

Blutige Zusammenstöße zwischen streikenden Hafenarbeitern und Polizei auf Korilla. TU. Tokio, 28. Februar. **Zwischen den in Korilla streikenden Hafenarbeitern des Hafens Wusung und der Polizei kam es am Freitag zu einem Zusammenstoß, wobei vier Arbeiter getötet wurden.**

Die AIZ. heute neu!

Ueber die kapitalistische Lösung des Erwerbslosenproblems berichtet die neue Nummer der AIZ. Photos von den Demonstrationen und Stempelstellen der Arbeitslosen in Deutschland und England werden veröffentlicht. Ueber den Vertrag Mussolinis mit dem Papst, über die Leiden der jungen, möblierr wohnende Mieterin berichten zwei interessante Seiten. „Wo es jetzt heiß ist — am Njassa-See" heißt der Titel der beiden Innenseiten, die Photos von den Bewohnern Innerafrikas bringen und von ihren Sitten und Gebräuchen erzählen. Daneben läuft die Fortsetzung des neuen Romans „Mord in der Fürstenstraße" und — ein Preisausschreiben für die Leser der AIZ. wird veröffentlicht. Wertvolle Bücherpreise kann jeder gewinnen, der sich an der Werbung neuer Abonnenten beteiligt. Bilder über den Arbeitersport und aktuelle Bilder der Woche ergänzen die Nummer und machen sie zu einer der interessantesten. Die AIZ. kann durch jeden Kolporteur, Zeitungsausträger und evtl. direkt durch den Litvertrieb Breslau, Feldstraße 50, bezogen werden.

BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜNBERG

9

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt i. Th.

„Kollege, willst du mir nicht mal „Das Feuer" borgen?" wandte er sich an den Arbeiter.

Der Angeredete warf seine ihm in die Stirn gefallenen Haare zurück.

„Wenn du es nicht dreckig machst, und es nicht weiter verborgst, warum nicht? Was liest du denn sonst, etwa „Krieg und Liebe"?"

Sukrow lachte hell auf. „Dann dürfte mir wohl Barbusse wenig Freude machen!" Und er begann den Inhalt seiner Bücherkiste aufzuzählen, die noch immer bei Ruckers in der Kammer stand. Der andere riß die Augen auf.

„Mensch, was willst du denn mit Marx' „Kapital", das versteht in dieser Form unsereiner, der weiter keine Vorbildung hat, doch nicht. Da gibt's doch populärere Schriften."

Sukrow sah sich erst prüfend um, ehe er lächelnd — es sollte gleichgültig klingen — antwortete:

„Nun, so'n bißchen Vorbildung habe ich ja zufällig auch!"

Der junge Arbeiter pfiff durch die Zähne.

„Aha, wohl so ein Stück Werksstudi, was? Und jetzt gehst du Kohlenschippen! Davon haben wir schon eine ganze Menge hier gehabt, lauter solche arme Hungerleider, die sich ein paar Kröten verdienen wollten, weil sie vom Studieren allein nicht satt werden. Aber ausgehalten hat keiner lange. Wie lange bist du denn schon hier, und wie gefällt dir das Flaschner-Sanatorium?"

Die drastische Art des anderen, die Dinge gleich beim rechten Namen zu nennen, stieß Sukrow ebenso ab, wie sie ihn anzog. Immerhin froh, auch hier einen Menschen von einem gewissen Niveau gefunden zu haben, gab er die nötigsten Auskünfte, wobei er es aber nicht unterließ, anzudeuten, daß er eigentlich das Geldverdienen gar nicht so nötig habe. Auf den Arbeiter schien diese Bemerkung nicht den geringsten Eindruck zu machen.

„Schrott abladen?" Na, da haben sie Dir man auch die ekelhafteste Mißarbeit gegeben. Mußt zusehen, daß du, wie ich, an die Walze kommst, da bist du im Trocknen und kannst die Stunde sechs Mark schreiben. Aber dafür suchen sie dir auch einen ab," setzte er hinzu. Als er hörte, daß jener auf Bergarbeiter reflektierte, lachte er laut auf.

„Da laß die Finger davon. Ich war acht Wochen mal Schlepper im 300-Meter-Stollen. Hauer willst du gar werden? Was ihr Studiosen auch alles austüftelt! Wie lange willst du denn da machen? So acht Tage, was, und nachher dicke Artikel über den Segen des Zwölfstundentages schreiben, heh? Da, da sieh dich vor, daß dir die Kumpels nicht das Kreuz dabei einschlagen, die haben hier damit ihre Erfahrungen gemacht und sind höllisch geladen."

Als Sukrow nach zwei Tagen das berühmte Buch des französischen Schriftstellers zurückgab, war natürlich ein längeres Gespräch über das Kriegsproblem nicht zu umgehen. Er machte dabei dieselbe Erfahrung wie bei Ruckers, daß sein ganzes intellektuelles Wissen vor der praktischen Logik des einfachen Arbeiters nicht bestand.

Max Grothe war, obwohl nur zwei Jahre älter als Sukrow, schon weit in der Welt herumgekommen. Aus Bremen gebürtig, entlief er mit sechzehn Jahren einem rohen Meister. Durchwanderte teils zu Fuß, teils mit erarbeitetem Gelde kürzere Strecken fahrend, ganz Deutschland, Holland, Belgien und Frankreich bis zu den Pyrenäen. Hier und dort jede Arbeit mitnehmend, diente sie ihm doch nur immer als Mittel, um weiterzukommen. Inniger Kontakt mit der gewerkschaftlichen Organisation hinderte sein Hinabgleiten auf das gewöhnliche „Kunden-Niveau". Was ihm noch an Weltkenntnissen fehlte, das holte zum guten Teil der Weltkrieg nach, der ihn bis nach Palästina und schließlich als Kriegsgefangenen nach Malta führte.

Grothe war, das merkte Sukrow sehr bald, Kommunist und hatte daher zu allen Problemen eine gerade entgegengesetzte Einstellung. Glaubte Sukrow an die Evolution, so begründete Grothe die Weitertreibung der Revolution, die in eine Weltrevolution ausmünden müsse. Pries er den Segen der Demokratie und Verfassung, so höhnte jener über Belagerungszustand, Schutzhaftschande, Pressekneblung und Säbelregiment und machte sich über die längst überständige Nationalversammlung, die noch immer nicht sterben und einem neuen Reichstag Platz machen wollte, lustig.

„So geht's nicht weiter!" Wie oft war ihm das seit jenem ersten Male in der Eisenbahn nicht schon zu Gehör gekommen. Leute jeder sozialen und politischen Färbung führten es im Mund.

Beim Friseur schlossen die Schimpfkanonaden der kleinen Geschäftsleute über die Zwangswirtschaft regelmäßig mit diesem Ausruf. Und gestern sprang es ihm sogar aus einem Brief von seiner Mutter aus Berlin entgegen. Als Abschluß ihrer Klage, daß die Brikettpreise abermals um fünf Mark pro Zentner erhöht waren.

Solche Schlagworte sind mit einem Male da. Niemand hat sie geprägt, sie liegen förmlich in der Luft wie die Grippebazillen und verbreiten sich auch demgemäß. So war es im Kriege mit der Redensart vom „Totsiegen", die den Tatsachen bereits Jahre vorausgeeilt war.

„So geht's nicht weiter", — damit war doch das ganze politische und wirtschaftliche System gemeint. Was jener Industrielle in der Eisenbahn damit sagen wollte, war ja ganz klar. Dem paßte die ganze Richtung nicht.

Den Radikalen, den Kommunisten, wie Grothe, und Unabhängigen wie Ruckers, denen paßte die Richtung auch nicht. Sie waren wenigstens ehrlich und sagten, daß sie einen neuen Umsturz mit Diktatur und Bolschewismus wollten.

Und die Mittelständler, die kleinen Krauter und dergleichen, die konnten eben nicht einsehen, daß man nach vier Jahren Kriegführen wieder neu anfangen muß. Schwer war das ja zu begreifen! Er dachte an seinen alten Vater, der nach einem Leben voller Arbeit und Entbehrungen sich völlig um den Ertrag seines Fleißes betrogen sah und wieder als kleiner Markthändler von vorne anfangen mußte.

Und er selber? Ihm war es auch nicht auf der Bank im Lessing-Gymnasium gesungen worden, daß er trotz Abitur und Immatrikulation mit „der Schippe in der Hand", Schulter an Schulter mit Polacken, arbeiten werde. Dazu gehörte schon allerlei Selbstverleugnung. Hier hatte er überhaupt noch niemand getroffen, der als entschiedener Republikaner anzusprechen war. Es gab, bei Licht besehen, eigentlich überhaupt keinen Stand oder Klasse, auf die sich die junge deutsche Republik so stützen konnte, wie sich z. B. die Monarchie auf ihre Offiziere, Beamten, Junker usw. stützte. Um so notwendiger erschien es, für den republikanischen Gedanken zu werben.

Bei den Arbeitern siegte ja, — langsam zwar, aber sicher — die „bessere Einsicht". Die Kumpels fuhren wöchentlich zwei halbe Ueberschichten. Glatt war es natürlich nicht überall abgegangen. In Essen streikten noch jetzt die Zechen „Amalie", „Helene" und „Prosper 1 und 2". In Swertrup hatte es wesentliche Schwierigkeiten nur auf Zeche „Beate" gegeben, wo die radikale Bergarbeiter-Union stark vertreten war. Als der Sekretär Reese vom Bergarbeiterverband die Notwendigkeit der Ueberstunden nachzuweisen versuchte, schrie man ihn nieder. Dann kam extra der Vorsitzende Husemann herüber, und es ergab sich schließlich eine geringe Mehrheit für Ueberschichten. Aber schon in den ersten Tagen trat ein Mangel an Transportmitteln ein, so daß man die geförderten Kohlen auf Halden schütten mußte.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski; für „Betrieb und Wirtschaft" und „Waldenburg" Wilhelm Bielwald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Arthur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Georg Paris in Hindenburg. — Für Inserate E. Gerber-Breslau.

Der Etat der imperialistischen Aufrüstung

704 Millionen für 115000 Mann Heer und Marine!

Die Etatsberatung 1928 zeigte die SPD. in „Opposition" gegen den unsozialen Etat des Bürgerblocks. In ihren Anträgen — es standen ja die Wahlen bevor — suchte die SPD. zu zeigen, wie sie den Etat gestalten würde, wenn sie in der Regierung säße. Damals wetterte sie nach Herzenslust gegen den Panzerkreuzerbau und forderte in einem Antrag „Hermann Müller und Genossen" die Herabsetzung des Wehretats auf 500 Millionen Mark. Inzwischen hat die SPD. durch Hermann Müller die „Führung" der Regierungsgeschäfte übernommen.

Diese Regierung hat als erste „Tat" den Panzerkreuzerbau beschlossen. Die ganze soziale Rührseligkeit der Wahlzeit und der sozialdemokratischen Zahlabende (in denen es die rebellierenden Mitglieder zu beschwichtigen galt) ist verklungen. Der Etat der Müller-Regierung spricht dieselbe harte Sprache gegen das werktätige Volk wie der Bürgerblock-Etat. Er spricht die Sprache der verschärften Klassengegensätze der brutalen Herrschaft des Finanzkapitals.

Der Etat Groeners fordert

die 2. Rate für das Panzerschiff „Ersatz Preußen" in Höhe von über 13 Millionen (gegenüber 9 Millionen 1928) an.

Diese Forderung ist die programmatische Forderung der Wehrpolitik und des Wehretats des Hundsfott-Generals Groener (entsprechend der geheimen Denkschrift zum Panzerkreuzer A — jetzt „Ersatz Preußen").

Vielleicht wird demgegenüber Herr Hilferding bei Begründung des Etats auf gewisse „Einsparungen" im Wehretat hinweisen, um einen „Erfolg" der Koalitionspolitik zu konstruieren. Die Ausgabensumme des Wehretats beträgt nämlich 703,8 Millionen gegenüber 726,5 Millionen im Vorjahr. Diese „Einsparungen" beziehen sich nicht auf den laufenden Etat (der ist im Gegenteil noch um 4,5 Millionen gestiegen!), sondern auf die einmaligen Ausgaben. Hier tut es dem Reichswehrministerium allerdings nichts, sparsam aufzutreten, nachdem es nach Angaben des Wehrministers aus früheren Bewilligungen des Reichstags gegen 40 Millionen „zurücklegen" konnte, und nachdem einige Flottenneubauten (4 kleine Kreuzer von je 6000 Tonnen und 6 Torpedoboote) zu Ende geführt worden sind und dafür genau 20 Millionen Mark (von insgesamt 22,7 Millionen „Einsparungen") Anforderungen des letzten Jahres überflüssig wurden. Die unwesentliche Verringerung der Wehrausgaben hat demnach nichts mit einer Minderung der Rüstungen zu tun!

Daß die Herren um Groener im Gegenteil fieberhaft an dem Ausbau der Wehrmacht arbeiten, zeigen einige Aenderungen im Etat (darüber weiter unten), außerdem kündigen sie an, daß einige „Bauten und Beschaffungen" diesmal aus technischen Gründen zurückgestellt wurden (für die also nächstes Jahr die Anforderungen fällig werden: z. B. 1,5 Millionen für Gewehre, 2,3 Millionen für Artilleriegerät, 3,6 Millionen Minenwerfermunition, 1 Million Artilleriemunition), außerdem erhöht sich im nächsten Jahr die Rate für „Ersatz Preußen", wahrscheinlich wird dann auch das zweite Panzerschiff angefordert!

Die Ausgaben für die Reichswehr haben betragen:

	1925	587 700 000 ℳ
	1926	647 000 000 ℳ
	1927	705 000 000 ℳ
	1928	726 500 000 ℳ
sie betragen für	1929	703 800 000 ℳ

Das Vorwort zum Wehretat sagt:

„Hiermit dürfte diejenige untere Grenze der Ausgaben erreicht sein, die ohne Beeinträchtigung wesentlicher Belange der Landesverteidigung nicht wird überschritten werden können."

Das ist die Antwort der Regierung Hermann Müllers und Gen. auf den vorjährigen Antrag Hermann Müller und Gen.: Verminderung der Wehrausgaben auf 500 Millionen Mark. Das ist zugleich die Antwort für diejenigen SPD.-Arbeiter, die sich der Illusion hingeben, als könnten durch die SPD.-Politik die Wehrausgaben immer mehr beschnitten werden — bis zum Verschwinden der Wehrmacht (wie die „linken" Führer Seydewitz, Ströbel und Co. vorzutäuschen suchen).

Der Etat gibt alles andere als ein Bild des Abbaues — er ist ein Etat der Aufrüstung. Beweise:

1. Panzerschiff „Ersatz Preußen";
2. Fertigstellung von 4 Kreuzern;
3. 6 Torpedoboote, Bau des Kreuzers E (6 Millionen, angefordert insgesamt 34 Millionen);
4. Modernisierung des Linienschiffes „Hannover" (1 Million);
5. Bau eines Tenders (20 Millionen angefordert, 1922: 3,5 Millionen);
6. Beschaffung eines Tankschiffes (3,5 Millionen, übernommen aus dem „Phoebus"-Lohmann-Erbe);
7. Fischerei-„Schutz"-Fahrzeuge (2 Millionen, dafür angefordert: 1 Million Herrichtung von Handelsschiffen);
8. Truppentransport-Uebungen (150 000 Mark);
9. Beschaffung von 2 Heizölprähmen zur Heizölversorgung für die neuen Torpedoboote (850 000 Mark);
10. Motorisierung der Marineartillerie (an Stelle von Pferdebespannung) (600 000 Mark, davon 150 000 Mark für 1929 angefordert);
11. Bau von „Gasreizräumen" an 6 Orten (zur Erprobung von Gasmasken) (33 000 Mark);
12. Steigerung der Schießübungsmunition um 2 154 000 Mark (auf 8 256 000 Mark).

Das sind einige Positionen aus dem Marine-Etat (15 000 Mann), der insgesamt 204,45 Millionen (auf den Mann 13 630 Mark) Ausgaben erfordert, darunter

24 300 000 ℳ für Indienststhaltung (kostspielige Weltreisen);
22 600 000 ℳ für Instandhaltung der Schiffe (ohne die persönlichen und mittelbaren sachlichen Ausgaben, die weitere 10 Millionen verlangen);
16 100 000 ℳ für Artillerie (Unterhaltung, Schießübungen, Verbesserung);
4 200 000 ℳ für Torpedowesen;
2 000 000 ℳ für Minenwesen.

Im Heeresetat sind ebenso die Anzeichen der gesteigerten Aufrüstung festzustellen. Neu oder mehr gefordert werden im Etat:

1. Neubauten von Kasernen 1 500 000 ℳ
2. Ankäufe für Kasernen 2 000 000 ℳ
3. Zusammenlegung von Garnisonen,
4. Verbesserung des Schießplatzes Kummersdorf (hier werden technische Neuerungen ausprobiert, sowohl Geschütze, Geschosse wie Panzerplatten) 478 000 ℳ
5. Instandhaltung und Verwaltung dieses Schießplatzes, gegen 1928 (690 000 ℳ) jetzt also 167 000 ℳ mehr! 857 000 ℳ
6. Neu: Werkstätten für Gasmasken (Spandau, Kassel, Ingolstadt) 124 000 ℳ
7. Für neuzeitliches Brückengerät des Pionierbataillons 6 (Minden) 318 500 ℳ
8. Für Nachrichtengerät mehr 690 000 ℳ
9. Für Verbesserung der Kraftfahrer-Ausbildg. 1 354 000 ℳ
10. Für Schieß- und Manöver-Uebungen mehr 810 000 ℳ

Ein besonderes Kapitel ist dabei die Zusammenlegung der Garnisonen, die im letzten Jahre eingeleitet wurde (um durch größere Truppenformationen bessere Ausbildungsmöglichkeiten zu haben — die kleineren Formationen waren geeigneter, solange im Vordergrund der Heeresbetätigung der Bürgerkrieg gegen die Arbeiter stand). Die Hauptkosten für diese Neuformationen werden nämlich den Kommunen aufgebürdet, die mit Garnisonen „beglückt" werden. Dafür erheben die Städte, denen die Garnisonen entzogen werden, bewegliche Klage, weil sie erhebliche Kosten für die Reichswehr getragen haben, die nun größtenteils verloren sind. Welche Beihilfen die Reichswehr von den Kommunen erpreßt (bekanntlich reißen sich die Städte darum, Garnisonen zu erhalten und machen auf Kosten der Werktätigen jedes von der Reichswehr gewünschte Angebot), das zeigt der Abschluß der „Mietverträge" des Reichswehrministeriums mit Stadtgemeinden — über die von den Gemeinden zu errichtenden Neubauten:

	Die Stadt baut für Mark	Reichswehr zahlt Miete und Amortisationen zu	Betrag Mark
Ortelsburg	1 400 000	4%	56 000
Brieg	1 400 000	6%	84 000
Neisse	160 000	4%	6 400
Oels	350 000	5%	17 500
Oppeln	1 400 000	4%	56 000
Sagan	1 700 000	4%	68 000
Sprottau	1 500 000	4%	60 000

So stürzen sich die Kommunen in erhebliche Unkosten, und das Reichswehrminist[illegible] kann besser aufrüsten. Im Etat selbst wird über dieses Kap[illegible]istungen der Kommunen" nach einer Schilderung der genannt[illegible] Vorteile ganz zutreffend folgendes gesagt:

„Weitere Vorteile entstehen dem Reiche noch dadurch, daß verschiedene Städte bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Unterkunftsverhältnisse unentgeltlich ausführen, ferner Exerzier- und Schießstandgelände, Sportplätze, Turnhallen, Schwimmanstalten der Truppe kostenlos zur Verfügung stellen. Auch in der Bereitstellung von Wohnungen für verheiratete Heeresangehörige zeigen die Städte großes Entgegenkommen, wodurch sich die Herstellung kostspieliger Wohnbauten aus Reichsmitteln erübrigt."

Schlimmer kann die Zuschußpolitik der Städte für die Reichswehr nicht charakterisiert werden, als durch diesen Kommentar des Reichswehr-Etats.

Zum Schluß noch einige Zahlen, die den gewaltigen Aufwand der deutschen Republik für das 100 000-Mann-Heer und für die Aufrüstung illustrieren:

Für Gefechts- und Schießübungen, Uebungsreisen (einschließlich Scheibenmaterial) 16 250 000 ℳ
(= 162,30 Mark pro Mann)

Für Unterbringung der Mannschaften (angesichts der niedrigen Abfindungen in den Städten) 34 354 000 ℳ
(= 343,54 Mark pro Mann und wenn Offiziere eingerechnet sind)

Für Bewaffnung:

Für Unterhaltung der Waffen und des Waffengeräts	20 347 000 ℳ
Für Beschaffung	30 433 000 ℳ
Dazu Heeres- und Gasschutzgerät	12 675 000 ℳ
Außerdem für Instandhaltung in Zeugämtern	6 760 000 ℳ
Reinigungsstoffe (!!)	991 000 ℳ
Für Verwendung von Waffen und Gerät	8 600 000 ℳ
Für Ersatzbeschaffungen von Waffen u. Munition	7 770 000 ℳ
	82 576 000 ℳ

(= 825,76 Mark pro Mann)

Für Pioniermaterial und Verwaltung	11 000 000 ℳ
Für Nachrichtenmaterial und Verwaltung	7 900 000 ℳ
Für Kraftfahrwesen	14 000 000 ℳ

Die Heeresleitung kann also aus dem Vollen schöpfen. Für das Heer (und für die Marine) kann gar nicht genug aufgewandt werden. Wie sagt Seeckt in seinen „Gedanken eines Soldaten"? „Denn es ist der Staat!" Hermann Müller unterstrich in seiner Regierungserklärung vom Juli vergangenen Jahres, daß die zum Ausbau der Reichswehr erforderlichen Mittel bereitgestellt werden müssen, jeder Deutsche müsse stolz auf unsere Wehrmacht sein.

Der Wehretat ist die Illustration für das sozialdemokratische Wehrprogramm: Kampf um die Wehrmacht „heißt Kampf um Aufrüstung".

Kampf gegen Aufrüstung heißt Kampf gegen die Wehrmacht, gegen den bürgerlichen Staat, gegen den Imperialismus und gegen die Partei des Sozialimperialismus — Kampf um die Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats und den Sieg der proletarischen Revolution.

Kein anderer Etat stellt so klar und unmittelbar die Frage so entscheidend für das Proletariat, für das gesamte werktätige Volk. Hier gibt es kein Kompromisseln und keine Versteckmöglichkeiten, hier heißt es Farbe bekennen:

für oder gegen die deutsche Kriegspolitik,
für oder gegen den entschiedensten revolutionären Kampf.

Die SPD. hat diesen Etat durch ihre Minister angenommen! SPD.-Arbeiter, ihr könnt auf diese Politik nur antworten:

Schluß mit dieser Partei! Kommt zur KPD.!

Ernst Schneller

Das diktatorische Ortsstatut im Breslauer Baugewerksbund

Wir berichteten bereits, daß gegen den Vorstand des Breslauer Baugewerksbundes selbst viele sozialdemokratische Kollegen in Opposition stehen. Meise und die anderen Sozialdemokraten des Vorstandes sahen sich deshalb veranlaßt, in der letzten Vertreterversammlung ein Ortsstatut für die Breslauer Baugewerkschaft vorzuschlagen. Das Statut wurde nach heftiger Auseinandersetzung mit 70 gegen 45 Stimmen angenommen. Nachstehend veröffentlichen wir einige charakteristische Stellen dieses Statuts:

IV. Organe bezw. Körperschaften der Baugewerkschaft sind:

a) Der Baugewerkschaftsvorstand;
b) Der Beirat;
c) Vertreterversammlung;
d) Fachgruppenversammlung.

a) Vorstand der Baugewerkschaft. Der Vorstand besteht aus a) dem Vorsitzenden, b) dessen Stellvertreter, c) dem Kassierer, d) dessen Stellvertreter, e) dem Schriftführer, f) dessen Stellvertreter, g) einem der Revisoren.

Geschäftsführende Angestellte müssen Mitglied des Vorstandes sein. Der Vorstand der Baugewerkschaft ist nach Schluß des Geschäftsjahres durch die Vertretergeneralversammlung neu zu wählen.

Alle Vorstandsmitglieder müssen mindestens 5 Jahre Mitglied sein und 200 Vollbeiträge bezahlt haben.

Jede Vorstandssitzung gilt, wenn nicht ausdrücklich anders bestimmt wird, als intern.

Jede Beiratssitzung gilt, wenn nicht ausdrücklich anders bestimmt wird, als vertraulich.

Die höchste Instanz der Baugewerkschaft ist die Generalversammlung. Die Generalversammlung setzt sich zusammen, aus dem Vorstand der Baugewerkschaft, dem Beirat, den Revisoren, den gewählten Vertretern und einem Vertreter des Bezirksvorstandes.

Wählbar als Vertreter ist jedes Mitglied, das 5 Jahre dem deutschen Baugewerksbund angehört, oder unmittelbar vorher Mitglied einer dem ADGB. angeschlossenen Organisation war, mindestens 200 Beiträge geleistet hat, und im Beruf tätig ist.

Ist ein Angestellter in der Fachgruppe vorhanden, leitet dieser die Fachgruppe.

Beschlüsse der Fachgruppen- und Zahlstellenversammlungen in eigener Angelegenheit sind für alle in Betracht kommenden Mitglieder bindend.

Beschlüsse der Vertretergeneralversammlung in gleicher Angelegenheit gehen jedoch den Beschlüssen der Fachgruppen und Zahlstellen vor.

XIV. Aenderung der Ortssatzungen.

Die Ortssatzung kann nur durch Beschluß der Vertreterversammlung abgeändert werden. Ein Abänderung gilt nur dann als beschlossen, wenn mindestens zwei Drittel der anwesenden Vertreter dafür gestimmt haben.

*

Das Statut bedarf eigentlich keines Kommentars. Jeder Kollege, der ein Statut zu lesen versteht, begreift sofort, worauf es den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern ankommt:

Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Mitgliedschaft, Uebertragung aller Rechte an den Vorstand und an die ihm ergebenen Vertreter.

Wer von den Bauarbeitern hat das Glück, nur 12 Wochen im Jahre arbeitslos zu sein? Wer länger als 12 Wochen arbeitslos ist, hat kein Recht, eine Funktion im Verbande auszuüben. Eine Begründung für diese Statutenbestimmung wird wohl auch Meise schwerlich geben können. Es gibt nur eine Begründung und sie lautet: Bevorzugung der bei der Bauhütte beschäftigten Kollegen, die unter dem Terror der Leitung gezwungen sind, Mitglied der Sozialdemokratie und des Reichsbanners zu werden. Als Dank dafür wird ein Teil von ihnen auch den Winter über beschäftigt. Nun sollen auch die Kollegen sich erkenntlich zeigen, indem stützen helfen sollen. Eine feine Sache das! Nicht minder empörend ist die Bestimmung, daß ein in einer Fachgruppe vorhandener An- ist die Bestimmung, daß einer in einer Fachgruppe vorhandener Angestellter Fachgruppenleiter sein muß. Eine Wahl braucht also nicht stattzufinden, die Mitgliedschaft hat nichts zu sagen.

Breslauer Bauarbeiter, dieses Ortsstatut muß hinweggefegt werden. Anfang März finden verschiedene Fachgruppenmitgliederversammlungen statt. Nehmt dort zu dem Ortsstatut Stellung und beschließt, daß ihr das Statut nicht anerkennt!

Arbeitersport

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Verein „Breslau"

Mittwoch, den 27. Februar, Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus. Zimmer siehe Tafel.

4. Abteilung: Sonntag, den 3. März, Besichtigung der Anatomie. Treffpunkt 9¾ Uhr, Marstraße, Ecke Auenstraße. Gäste willkommen.

Freie Sportvereinigung „1897".

Unser Hallenbetrieb tritt mit dem Beginn des Schulanfangs in sämtlichen Hallen sofort in Tätigkeit; geöffnet sind diese Woche am Mittwoch, dem 27. 2., die Halle am Sauerbrunnen für die Sportlerinnen, und am Donnerstag die Turnhalle in der Waterlooschule.

„Eiche"-Liegnitz A-Klasse — Fr. Sportvg. „1897" A 8:6

Zu einem Freundschaftskampf im Ringen weilte die 1. Mannschaft der Freien Sportvereinigung „1897" bei dem Sportklub „Eiche"-Liegnitz zu Gaste. Nach interessantem Kampf gewann Liegnitz (mit Buchwald, Thomas, Michael, Peschel, Heinke, Ertinghausen und Bauer) mit 8:6 über „1897" mit Hauschild, Schmidt, Schnabel I und II, Butsch, Leuchtenberger und Jedzik.

Kreismeisterschaften der Athleten.

Bei gutem Besuch fanden in Tannhausen bei Waldenburg die Kämpfe im Ringen und Heben um die Kreismeisterschaft für 1929 statt. Gute technische Kämpfe verbürgten eine Werbung für den Arbeiter-Athleten-Bund. Das Ringen der B-Klasse sah nach ausgeglichenem Kampf Einigkeit II-Langenbielau als Kreismeister über Sportvereinigung „Nordost 03" II-Breslau. Die Vorrunde der A-Klasse im Ringen konnte die Sportvereinigung „Nordost 03" I gegen die einen guten Kampf liefernden Tannhausener überlegen für sich buchen. Das Heben der A-Klasse brachte gute technische Leistungen, so bewältigte im Leichtgew. Schwitalle K. (Nordost) einarmig Reißen 185 Pfd., während Faulde R., Schwitalle E. und Klose (Altwasser) je 130 Pfd. bewältigten. Im Einarmigstoßen brachten Klose und Scholz (Altwasser) je 150 Pfd. zur Hochstrecke. Als Höchstleistung im Beidarmigreißen waren 160 Pfd. von Klose (Altwasser) zu verzeichnen, ebenso im Beidarmigstoßen von 220 Pfd. war der Altwasser der beste Mann. Kreismeisterschaft im Heben der A-Klasse:

1. Sportvereinigung „Nordost 03" Breslau 148,6 Punkte,
2. „Einigkeit"-Altwasser 130,2 Punkte,
3. „Einigkeit"-Langenbielau 66 Punkte.

Zur Reuorganisation des Verbandes Volksgesundheit

Auf Veranlassung des Verbandsvorstandes fand am Sonntag vor acht Tagen im Gewerkschaftshause eine Vertretersitzung der hier bestehenden Nacktkulturvereine statt, um zur Reorganisation Stellung zu nehmen. Der Vertreter der „Freien Menschen" begrüßte den Verbandsvorsitzenden, Genossen Kretschmer, sowie die Delegierten des Freikörperkulturkreises und des Arbeiter-Sportkartells. Anschließend hielt Genosse Kretschmer einen instruktiven Vortrag über die Bestrebungen des Verbandes. Hervorzuheben sei die Erkämpfung besserer hygienischer Anstalten und Einrichtungen, sozialisierte Heil- und Krankenbehandlung und als Mittel dazu die Aufklärung und Schulung des Menschen durch die Vereine im Verband Volksgesundheit. Weiter besprach der Redner noch die auf dem Verbandstage beschlossene Neuorganisation der Verbandsarbeit.

Dem Zuge der Zeit folgend wurden drei große, selbständige Sparten gebildet, und zwar die Sparte der Kleingartenvereine, der Naturheilvereine und der noch jungen Freikörperkulturbewegung. Im Zusammenhang hiermit wurden die beiden Körperkulturgruppen in Breslau zu einem Zusammenarbeiten bewogen. In nächster Zeit soll nun die Vereinigte Sparte für Nacktkultur an die Oeffentlichkeit treten, um die Ziele unserer Bewegung der Bevölkerung näher zu bringen. Die Gauleitung wurde auf dieser Konferenz gewählt. Der Vertreter des Kartells ermahnte zur größeren Beteiligung im Rahmen der Gesamt-Arbeiter-Sportbewegung.

Generalversammlung der Spielvereinigung 1921. Die am 22. Februar stattgefundene Generalversammlung war von 53 Mitgliedern besucht. Die reichhaltige Tagesordnung wurde fast debattelos erledigt. Die Berichte der einzelnen Funktionäre bewiesen, daß die sportlichen und finanziellen Verhältnisse des Vereins gesund sind. Die Wahlen brachten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Paul Mende, Frankfurter Straße 112; Kassierer: Paul Weiland, Alsenstraße 56; Schriftführer: Adolf Geppert, Friedrich-Karl-Straße 52; Sportwart Wilhelm Gudo, Frankfurter Straße 159; Leiterin der Frauen-Abteilung Frau Helene Garbe, Steinauer Straße 2. Schriftstücke geschäftlichen Inhalts an den 1. Vorsitzenden, sportlichen Inhalts an den Sportwart.

Der Arbeiter-Wasser-Rettungsdienst in Schlesien. In allen Vereinen wurde das Rettungsschwimmen in den Uebungsbetrieb übernommen. Damit ist die Gewähr gegeben, daß alle Mitglieder zu Rettungsschwimmern herangebildet werden. Ein im Mai 1929 stattfindender mehrtägiger Kursus für Bezirks- und Vereinsrettungsobleute wird den Mangel an geschulten Funktionären beheben und einen weiteren Ausbau des AWRD. in Schlesien vorbereiten. Organisiert war der Rettungsdienst im vergangenen Jahre nur in Breslau. 53 Rettungsschwimmer leisteten gemeinsam mit Ruderern, Kanufahrern und Samaritern an 13 Sonntagen 1683 Stunden Dienst. In vier Ertrinkungsfällen und fünf Bootsunfällen wurde erfolgreich eingegriffen. Die Samariter verzeichneten 102 Hilfeleistungen, zum Teil auch recht schwieriger Art. Im ganzen Kreisgebiet wurden von unsren Genossen 27 Menschenleben gerettet.

Oels. Generalversammlung des Arbeiter-Kultur- und -Sportkartells Oels. Am 2. d. M. hielt das genannte Kartell seine fällige Jahresversammlung ab. Leider war festzustellen, daß diese sehr schwach besucht war, der Schachverein und Verein für Leibesübungen fehlten ganz. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden wurde die Anwesenheit der Delegierten festgestellt, sowie zwei Genossen zur Prüfung der Belege betreffs § 5 der Statuten gewählt. Das Protokoll der letzten Versammlung konnte eines Fehlers wegen nicht verlesen werden, das wird aber in der nächsten Sitzung nachgeholt werden. Unter „Mitteilungen" gab der Vorsitzende einzelne Angelegenheiten zur Kenntnis. Hierauf wurde der Bericht von der Jahresversammlung des Provinziallartells vorgetragen. Zum Punkt „Berichte" gab zunächst der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Aus demselben war zu ersehen, daß das Kartell im Laufe des Jahres 10 Monatsversammlungen, 12 Vorstandssitzungen, eine Haupt- und eine außerordentliche Versammlung abgehalten hat. An Veranstaltungen wurden die RASt.-Woche und die Sonnenwendfeier abgehalten. Der Kassenbericht wurde durch den Kassierer vorgetragen und ihm Entlastung erteilt. Der technische Bericht konnte infolge Ausbleibens der Belege eines größeren Vereins nicht erledigt werden. Der Bibliothek wurden im Laufe des Jahres 37 Bände zugewiesen, so daß diese nun gegen 60 Bände zu verzeichnen hat. Hoffentlich wird die Bibliothek weiter durch freiwillige Spenden unterstützt. Für die Presse wurden 26 Propaganda- und Sitzungsartikel an die Arbeiterzeitungen eingesandt. Zu Punkt „Anträgen" wurde ein achtwöchiger Bastelkursus für Kinder festgesetzt, weiter ein eintägiger Sportmassagekursus nebst einem solchen für erste Hilfe bei Sportunfällen und ein zweitägiger Geschäfts- und Kassenführer-Kursus beschlossen. Am 15. September soll die Kreisstafette für Radfahrer und Läufer stattfinden. Die Sitzungen sind am 3. Freitag im Monat und die Vierteljahresversammlungen am 1. Sonntag des Vierteljahres. — Die Wahlen wurden dahin erledigt, daß der 1. Vorsitzende, der Kassierer sowie der technische Leiter, welcher gleichzeitig Zeugwart und Bibliothekar ist, wiedergewählt wurden. Der Schriftführer soll in der nächsten Sitzung gewählt werden, weil sich unter den Anwesenden kein Genosse hierzu fand. Der 2. Vorsitzende, welcher gleichzeitig Pressewart ist, die beiden Beisitzer und der Ortsausschußdelegierte wurden neu gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes" wurden einzelne Anfragen und Unverständlichkeiten beantwortet und geklärt. Hierauf schloß der Vorsitzende um 22,30 Uhr mit einem Mahnruf zur Mitarbeit die Sitzung.

Hohgiersdorf. Arbeiter-Radfahrer-Verein. Am 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, tagte die übliche Monatsversammlung. 1. Punkt Protokollverlesen. 2. Punkt behandelte die Gründung einer Gesangsgruppe innerhalb des Arbeiter-Radfahrer-Vereins. Diesem Antrag wurde stattgegeben, wozu sich erfreulicherweise unser Ortslehrer als Dirigent der Sangesgruppe bereit erklärte. Dann behandelte der Vorstand den Punkt Bundesnachrichten. In den weiteren Punkten wurde unter anderem beschlossen, am zweiten Osterfeiertag ein Vergnügen mit sportlichem Teil zu veranstalten. Es machten sich zwei Neuwahlen notwendig, die eines Schriftführers und eines Pressewarts. Nach dem Punkt Verschiedenes schloß dann der Vorstand die Versammlung.

Hermsdorf u. K. Die Wintersportveranstaltung der Freien Turnerschaft am 9. und 10. Februar erfreute sich zahlreicher Beteiligung. Auch die Vereine der zweiten Gruppe waren gut vertreten. Dem Sportwetter entsprechend wurden in allen Klassen gute Resultate erzielt. Der Sprunglauf, der am Sonnabend ausgeführt wurde, brachte folgende Ergebnisse: Jugend 8 Teilnehmer: 1. Rang Jeda Franz, Schreiberhau, Note 16,666. Bester Sprung 18 Meter. Sportler von 18—30 Jahre 15 Teilnehmer: 1. Rang Wagner Oskar, Schreiberhau, Note 17,888. Hier war der beste Sprung 20 Meter. In der Altersklasse über 30 Jahre wurde Otto Stelzer, Petersdorf, Erster. Note 15,582. In dieser Klasse war der weiteste Sprung 17 Meter. Leider läßt die Sprungschanze keine größeren Sprünge zu. Es folgen nun die Resultate vom Langlauf. Jugend 5 Teilnehmer: 1. Rang Seipelt Walter, Hermsdorf, 59,51 Min. Sportler über 18 Jahre 26 Teilnehmer: 1. Rang Ernst Sender, Schreiberhau, 39,36 Min. Im Rodelrennen für Einsitzer wurde in der Jugendklasse Kohl Helmut, Hermsdorf, Erster in der Zeit von 4,46 Min. und in der Klasse für Sportler über 18 Jahre Schramm Jonas, Hermsdorf, in 8,16 Min. Den ersten Rang im Zweisitzerrodeln holten sich die Bundesgenossen Wittig Hermann und Klein Fritz, beide aus Hermsdorf, in 4,25 Min. In organisatorischer und technischer Hinsicht kann die Veranstaltung als gelungen bezeichnet werden, und sie dürfte daher ihren werbenden Zweck für die Idee des Arbeitersports nicht verfehlt haben.

Die werktätige Frau

Sowjetrußland für den Frieden, für die Abrüstung, gegen die Vorbereitung neuer Kriege!

Alle Machinationen unserer Gegner werden uns nicht dazu bringen, den Weg zu verlassen, den wir nun schon das zwölfte Jahr mit der Gewißheit des uns gesetzten Zieles verfolgen. Alle eroberungslüsternen und aggressiven Ziele waren und sind uns fremd, von welcher Art sie auch immer sein mögen. Wir schicken uns nicht an, irgend jemand zu überfallen, sondern werden im Gegenteil, so wie bisher und sogar mit erneuten Kräften, unseren Kampf für den Frieden und für die Abrüstung fortsetzen. Wir betreiben eine solche Friedenspolitik nicht, weil wir uns schwach glauben oder wegen irgendeines sentimentalen Pazifismus, sondern weil diese Politik der Natur der Sowjetmacht entspricht, und in Uebereinstimmung mit den Interessen unseres Aufbaus sowie mit den Interessen der breiten werktätigen Massen der ganzen Welt steht. Unsere eindringlichen Vorschläge zur Abrüstung oder teilweisen Rüstungsbeschränkung werden vorläufig jedoch abgelehnt, weshalb wir angesichts der bis an die Zähne bewaffneten kapitalistischen Länder unsere Verteidigungsfähigkeit nicht schwächen dürfen, da diese Nachbarn fortfahren, sich zu bewaffnen und ihre Kriegsinstrumente zu vervollkommnen, wozu sie ihre hochentwickelte Technik einsetzen. Wir werden das nicht tun; sollte es aber irgend jemandem, der vielleicht dem Märchen unserer angeblichen Schwäche und unserer Schwierigkeiten glaubt, einfallen, uns zu überfallen, so wird die Rote Armee den wohlverdienten Ruhm ihrer erprobten Kampffähigkeit rechtfertigen, und ein solcher Kampf kann sich dann wirklich in den „letzten und entscheidenden Kampf" verwandeln.

(Aus der Rede des Genossen Litwinow vor dem Zentralkomitee der Sowjetunion.)

„Der Mann ist das Haupt der Frau"

Bischof Michael von Regensburg erläßt einen Hirtenbrief, in dem er sich mit dem furchtbaren sittlichen Niedergang, der immer schneller um sich greift, befaßt. Die Einrichtung aber, die am allerschwersten, ja bis ins Lebensmark getroffen werde, sei Ehe und Familie.

Wenn die Sorge um das tägliche Brot und der Mangel einer genügend und gesunden Wohnung von Anfang an drücke, dann seien Familienglück und Familienfrieden vom ersten Tage an gefährdet. Daher sei es besser, allein zu bleiben, als in drückende Not hineinzuheiraten. Wo der gemeinsame Glaube fehle, bestehe Gefahr für den Frieden. Schließlich mahnt der Hirtenbrief, keinen Geschiedenen und keine Geschiedene zu heiraten. Die Rechte und Pflichten des Mannes faßt der Bischof in die Worte des Apostels Paulus zusammen:

„Der Mann ist das Haupt der Frau, wie Christus das Haupt der Kirche ist. Der Mann soll die Frau lieben, wie Christus die Kirche geliebt und sich für sie hingegeben hat. Die Frauen seien ihren Männern unterton, wie die Kirche Christus unterton ist."

Dieser Aufruf des Regensburger Bischofs reiht sich würdig ein in die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Die katholische Kirche trachtet es als ihre heiligste Aufgabe, die Arbeiterklasse ideologisch so zu bearbeiten, daß die Kapitalisten willige Ausbeutungsobjekte erhalten. Mit dem Hinweis auf die Seligkeit glaubt man eine sklavische Gesinnung dem Volke einpredigen zu können, man macht

die Frau zur Sklavin des Mannes,

man versucht dem Menschen plausibel zu machen, daß er, wenn ihm die heutige Ordnung nicht die nötigen Mittel gibt, sich nicht ehelichen soll, er soll eben allein bleiben, um geduldig sich bis zu seinem Ende durchhungern zu können.

Auf jeden Fall soll der Mensch auf alle irdischen Freuden zugunsten der Kapitalistenklasse verzichten, damit diese ihre Profitquote erhöhen kann und ein Schlemmerleben auf Erden hat, während man die Arbeiterklasse mit Hunger und Elend auf einen besseren Platz im Himmel vertröstet.

Die Arbeiter und Arbeiterfrauen begreifen jedoch von Tag zu Tag mehr, daß sie den Kampf auf Erden zu führen haben, wenn sie jemals ein besseres Los und einen besseren Platz erringen wollen und sich nicht mehr auf das sogenannte Jenseits vertrösten lassen.

Leere Worte statt Taten

Der Ausschuß für Bevölkerungspolitik hat in seiner Mittwoch-Sitzung auf Antrag der Wirtschaftspartei mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten beschlossen, über den von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze für Mutter und Kind zur Tagesordnung überzugehen.

In der Begründung dieses Antrages beschränkte sich der Vertreter der Wirtschaftspartei auf rein formale Bedenken. Er erklärte, daß die in dem von den Kommunisten vorgelegten Gesetzentwurf aufgestellten Forderungen nicht im Ausschuß für Bevölkerungspolitik behandelt werden könnten, sondern zum größten Teil in den sozialpolitischen bzw. in den Wohnungs- bzw. Strafrechtsausschuß gehörten.

Ueber den Inhalt des kommunistischen Gesetzentwurfes zu sprechen, lehnte der Vertreter der Wirtschaftspartei ausdrücklich ab. Diesem Standpunkt schlossen sich auch die Vertreter der übrigen bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums und der deutschnationalen Volkspartei an.

Nachdem durch die Annahme des Antrages der Wirtschaftspartei die Beratung des kommunistischen Gesetzentwurfes im Ausschuß abgewürgt war, nahm der Ausschuß eine Entschließung an, in der erklärt wird, daß der Ausschuß wirksame Maßnahmen zum Schutze der kinderreichen Familien für notwendig hält. Die Regierung wird ersucht, die in dem kommunistischen Gesetzentwurf aufgestellten Forderungen auf ihre materielle, gesetzgeberische und finanzielle Durchführung zu prüfen und dementsprechende Gesetzentwürfe auszuarbeiten.

Dieser Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik wird wieder eine leere, zu nichts verpflichtende Geste bleiben, wenn nicht die gesamte werktätige Bevölkerung, insbesondere die proletarischen Frauen, sich die im kommunistischen Gesetzentwurf zusammengefaßten Forderungen zum ausreichenden Schutz für Mutter und Kind zu eigen macht und einen entschlossenen Kampf für diese Forderungen führt.

Agitieren — Werben!

Immer
soll der Funktionär und auch jedes Mitglied für die Kommunistische Partei werben. Natürlich werden bei besonderen Gelegenheiten die Erfolgsmöglichkeiten günstiger sein.

Betriebsrätewahlen,
10 Jahre Komintern,
Internationale Frauenwoche
sind solche Aktionen, die zur Werbung ausgenutzt werden müssen. Die organisatorische Erfassung aller Sympathisierenden ist unsere wichtigste Aufgabe.

Wer hilft Dir?
Eine leicht verständliche Broschüre, die wir jedem Arbeiter, jeder Arbeiterfrau, dem Angestellten, dem Landarbeiter geben können, die auf die wichtigsten Fragen Antwort gibt. 32 Seiten, Preis 10 Pfg.

Das ist die Werbebroschüre, die immer gebraucht wird.
Bei jeder Werbewoche, jeder Landpropaganda, jeder öffentlichen Veranstaltung, jeder Demonstration muß die Broschüre angeboten werden.

Die Broschüre ist bei jedem Kolporteur, Zeitungsausträger und Litobmann zu haben oder direkt vom Litvertrieb, Breslau, Feldstr. 50.

Aufspringen der Hände und des Gesichts

schmerzhaftes Brennen, sowie Röte und Juckreiz der Haut werden beruhigt und ausgeheilt durch die wundervoll kühlende, reizmildernde **Creme Leodor.** Diese schneeig-weiße, glyzerinhaltige, fettfreie Hautcreme verleiht auch den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Gleichzeitig herrlich duftende kosmetische Unterlage für Puder. Tube 1 Mk. - Erhältlich in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Breslau

Breslauer Arbeitslose heraus

zur Versammlung

Donnerstag, 28. Februar 1929, nachmittags 3 Uhr

und zwar für Männer im „Zentralballsaal", Westendstraße,
für Frauen im „Hubertussaal", Friedr.-Wilh.-Str.

Tagesordnung:

1. Zahlung einer außerordentl. Wirtschaftsbeihilfe;
2. Unsere Kampfmaßnahmen.

Arbeitslose Männer und Frauen! Erscheint zahlreich. Zeigt durch euren Besuch, daß ihr gewillt seid, den Kampf gegen eure Not und Verelendung tatkräftig aufzunehmen.

Der provisorische Erwerbslosen-Ausschuß.

Die Miete für März

Das städtische Presseamt schreibt aus: Die Miete für März beträgt unverändert 121,5 v. H. der Friedensmiete einschließlich Schönheitsreparaturen, und 117,5 v.H. der Friedensmiete ohne Schönheitsreparaturen. Diese Sätze ermäßigen sich um 1,5 v. H. der Friedensmiete, falls das Grundstück nicht zur städtischen Müllabfuhr veranlagt ist (z.B. im Eingemeindungsgebiet). Außer diesen Betragen sind wieder wie im Januar und Februar 290 v. H. der staatlichen Grundvermögenssteuer auf die Mieter nach dem Verhältnis der Friedensmiete umzulegen. Die Nachzahlung für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember ist hierbei mit inbegriffen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß von keiner Behörde angegeben werden kann, auf welchen Betrag sich diese Umlage im Einzelfall beläuft. Die vielfach im Umlauf befindliche Zahl von 1,4 + 4,2 v. H. der Friedensmiete ist jedenfalls nur dann richtig, wenn die staatliche Grundvermögenssteuer für das Grundstück genau 4 v. H. der Gesamtfriedensmiete beträgt. Den Mietern wird deshalb empfohlen, diese Zahlen von dem Hauseigentümer zu verlangen, der die erforderlichen Auskünfte zur Vermeidung unerwünschter kostspieliger Rechtsstreitigkeiten erteilen muß.

Wiedereröffnung von Schulen

Folgende Schulhäuser mit Ofenheizung (Kohle) können ab Dienstag, den 26. d. M., wieder in Betrieb genommen werden:

Volksschulen: Brockauer Straße 12/14, Hinterhaus, Clausewitzstraße 33/35, Gräbschener Straße 190/92, Jahnstraße 3/5, Lange Gasse 36, Kreuzstraße 17/25, Lohestraße 22/24, Löschstraße 22, Matthiasstraße 112, Minoritenhof 1/3, Neudorfstraße 45, Nikolaistraße 63, Paulinenstraße 14, Rosenstraße 4, Sadowastraße 71, Schönstraße 51, Tauentzienstraße 84, Trinitasstraße 9/11, Uferstraße 37, Am Wäldchen, Weiße Ohle, Wilhelmsruher Straße 4.

Gewerbliche Berufsschulen: Willmannstraße 4/6, Berliner Straße 68, Kaufmännische Berufsschule, Matthiasstraße 5, Handelsschule Taschenstraße 22, Handwerkerschule, Klosterstraße 19/25.

Kurz vor Redaktionsschluß schreibt uns das Presseamt noch:

Die Besserung in der Heizstoffzufuhr hat es ermöglicht, daß am Mittwoch, dem 27. d. M., der Unterricht wieder in folgenden Schulhäusern aufgenommen werden kann: Menzelstraße 100, Arletiusstraße 9, Lehmgrubenstraße 28/30 und Malteserstraße 28. Ferner wird am 1. März d. J. der Unterricht im Johannes-Gymnasium, der Gerhart-Hauptmann-Oberrealschule, der Viktoria-Schule und der Ev. Realschule II beginnen.

Sozialdemokratische Betriebsräte taugen nichts

Stinkende Zustände in der Emaillefabrik Groß-Tschansch

Mehrere noch vor kurzer Zeit in der Emaillefabrik Max Scholz beschäftigt gewesene Kollegen berichten uns:

Die Zustände in der Fabrik spotten jeder Beschreibung. Die alten Arbeiter werden entlassen und nur die Jugendlichen und Frauen behalten. Dadurch versucht der Unternehmer seinen Profit zu erhöhen. Die Löhne sind äußerst niedrig. So verdiente z. B. ein lediger Schlosser 19 Mark wöchentlich, bei einer Arbeitszeit von sechs Stunden täglich. Der junge Arbeiter mußte tagtäglich von Cawallen bis Groß-Tschansch fahren, um am Ende der Woche diesen „fürstlichen" Lohn einstecken zu können.

Die strenge Kälte hat zu ganz katastrophalen Verhältnissen im Betrieb geführt. Um das Klosett vor dem Einfrieren zu schützen, wurde nicht etwa ein Ofen aufgestellt, sondern die nach dem Eßraum führende Tür ausgehoben. Dadurch hatten die Arbeiter Gelegenheit, während der Essenspause die „lieblichen Düfte" als Nachtisch zu kosten. Die Senkgrube befindet sich ebenfalls neben dem Eßraum. Da im Betriebe tagtäglich Entlassungen vorgenommen werden, wagen die Arbeiter nicht, gegen diesen Mißstand zu protestieren. Und das Gesundheitsamt — schläft. Noch toller war es ja allerdings im Herbst vergangenen Jahres, wo Männer und Frauen gezwungen waren, ein gemeinsames Klosett zu benutzen. Auch darum, daß vor etwa vierzehn Tagen der junge und gesunde Maler Kretschmer bei der Arbeit infolge Gasvergiftung zusammenbrach und nun im Krankenhause liegt, kümmert sich niemand.

Gibt es denn bei Scholz keinen Betriebsrat?

— Jawohl, es gibt dort einen Betriebsrat, der parteipolitisch der „einzig wahren Arbeiterpartei", der Sozialdemokratie, angehört.

Ueber die Tätigkeit des Kollegen Kirchner wird uns folgendes berichtet. Ein Kollege, der durchaus nicht gewillt war, den Gestank im Eßraum zu dulden, wandte sich an den Meister und verlangte Abhilfe. Das Resultat war gleich Null. Da ging der Kollege zu Kirchner und trug ihm seine Beschwerde vor. Die Antwort des sozialdemokratischen Betriebsrates lautete:

„Ihr habt bloß alle eine große Fresse. Geh doch zum Meister."

Auf den Hinweis des Kollegen, daß er bei dem Meister bereits gewesen sei, antwortete Kirchner: „Mir wird der Meister dasselbe wie dir sagen."

Natürlich wollte der Kollege sich mit dieser nichtssagenden Antwort nicht abspeisen lassen. Statt aber seiner Pflicht als Betriebsrat nachzukommen, gab ihm Kirchner den Ratschlag:

„Wem es nicht gefällt, der kann gehen!"

Um dem Betriebsrat zu zeigen, wie die Belegschaft über seine Tätigkeit denkt, hat irgendein Kollege am nächsten Tage einen Ausschnitt aus der „Arbeiter-Zeitung" auf seinen Arbeitsplatz gelegt. Der Artikel trug die fette Ueberschrift: „SPD.-Betriebsräte taugen nichts!"

Was tat der Betriebsrat? Er lief zum Meister und beschwerte sich über die „Frechheit" der Kollegen.

Sozialdemokratische Betriebsräte Arm in Arm mit den Unternehmern — so arbeitet der Betriebsrat in Groß-Tschansch. So arbeiten auch viele andere sozialdemokratische Betriebsräte. Deshalb hinweg mit ihnen. Wählt nur revolutionäre Betriebsräte!

Vermißt wird seit dem 24. 2. d. J. um 10 Uhr die Schülerin Hildegard Schirpke, geboren am 15. 11. 1915 zu Breslau, Goethestraße 19 bei den Eltern wohnhaft gewesen. Beschreibung? Bekleidung: grauer Mantel mit braunem Pelzbesatz, hohe Schnürschuhe, gelbe gestrickte Mütze. Hat Schulbücher bei sich. Die Schirpke treibt sich vermutlich herum.

Selbstmord durch Erschießen verübte am Sonntag der Oberwachtmeister J. Sch. in der Schulgasse. Die Leiche wurde am Finkenweg am Zoologischen Garten aufgefunden.

Unvermutete Ereignisse

wie Krankheit oder Unglücksfälle können jeden jederzeit treffen! Pflicht ist es, daran zu denken! Ein Konto bei der Sparkasse enthebt Sie vieler Sorgen!

Städtische Sparkasse zu Breslau

Die Stadtverordnetenversammlung hält am Donnerstag, dem 28. d. M., keine Sitzung ab.

Straßenbahnzeitkartenmarken. Die Zeitkartenmarken an der städtischen Straßenbahn für den Monat März werden in den üblichen Verkaufsstellen und zu den üblichen Zeiten verkauft. — Am Donnerstag, dem 28. Februar, und Freitag, den 1. März d. J., sind die Verkaufsstellen Elisabethstraße 4 und Lessingplatz 3 von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Kein Verständnis für die Not der Erwerbslosen scheint die Frau des Kohlenarbeiters Göttlich auf der Schweitzerstraße 22 zu haben. Wie uns erwerbslose Mitbewohner des Hauses berichten, bezeichnet die Frau die Arbeitslosen mit nicht gerade höflichen Ausdrücken. Die Erwerbslosen wünschen der Frau nicht, daß auch ihr Mann einmal arbeitslos wird.

Alle Breslauer Jugend-Genossen

erscheinen zum öffentlichen Lichtbilder-Vortrag „Elf Jahre Rote Armee" am Mittwoch um 20 Uhr im Lokal Arndt, Malergasse 20.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Schweidnitz. Donnerstag erster Diskussionsabend. Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden müssen erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
— Alle Genossen und Genossinnen, welche Musikinstrumente besitzen, treffen sich Mittwoch um 19.30 Uhr bei L. Heidenreich, Kreuzstraße 36, zwecks Uebungsabend. (Die Breslauer Musikrup.)
— Süd. Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Lichtbildervortrag im Lokal Arndt, Malergasse. Eintritt frei!
— Gruppe Max Hoelz. Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Anglerheim", Leuthenstraße.
— Gruppe Nord. Dienstag Heimabend bei Schneider, Rosenstraße, Ecke Ottostraße. Gäste willkommen.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau
— Gruppe Hoelz (West). Dienstag 18 Uhr Heimabend im „Anglerheim", Leuthenstraße. Bericht von der Reichskonferenz des JSB.
— Gruppe Lenin (Süd). Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Sanke, Friedrichstraße. Bericht von der Reichskonferenz des JSB.

Roter Frontkämpfer-Bund

Wüstegiersdorf. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung in der „Sonne", Gottesberg. Oberes Revier. Alle RFB.-Kameraden erscheinen Mittwoch um 18 Uhr im „Schützenhaus" zum Abteilungsabend.

Rote Jungfront

Waldenburg. Abt. 1. Kameradschaftsabend Donnerstag 18.30 Uhr bei Kam. Stiller. Thema: Märzaufgebot.

Sonstige Organisationen

Breslau
— Rote Hilfe Süd. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Sanke, Friedrichstraße 41.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 23. 2. bis Freitag, den 1. 3. täglich 20.15 Uhr
Gastspiel von J. Julhnys Theater
Der blaue Vogel
Sonnabend, 2. 3., 20.15 U.
Zum ersten Male!
Karl und Anna
Schauspiel v. Leonh. Frank

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 23. 2. bis Freitag, den 1. 3. täglich 20.15 Uhr
Florian Geyer
von Gerhart Hauptmann
Sonnabend, 2. 3., 20.15 U.
Zum ersten Male!
Schwengel
Komödie von Peter Buch

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr
Eine Nacht in Kairo

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 13
Der Postillon von Lonjumeau
hierauf zum ersten Male
Tanzsuite (Max Reger)
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 13
Die schöne Helena
Donnerstag, 20 Uhr
Schwanda, der Dudelsackpfeifer
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 13
Fidelio
Sonnabend, 20 Uhr
Die schöne Helena
Sonntag, 15.30 Uhr
Nachm.-Vorstellg. zu ermäß. Preis. (Gr. 2)
Der Barbier von Sevilla
Sonntag, 19.30 Uhr
Tannhäuser
und der **Sängerkrieg auf Wartburg**

Das Geld ist knapp
Bei mir erhalten Sie gegen bequeme
Teilzahlung
reell und preiswert

Damenmäntel	2.—
Kleider	2.—
Kostüme	2.—
Röcke	1.—
Blusen	1.—
Herrenanzüge	3.—
Sportanzüge	3.—
Hosen	2.—
Herrenmäntel	3.—
Konfirm.-Anzüge	3.—
Luxusschuhe	2.—
Arbeitsschuhe	2.—
Bettstellen, eis. f. Kind. u. f. Erw.	2.—
Matratzen	2.—
Federn	1.—
Bettbezüge	1.—
Bettlaken	1.—
Leibwäsche für Damen u. Herren	1.—
Oberhemden	1.—
Trikotagen	1.—
Pullover	1.—
Madras-Gardin.	1.—
Tüll-Gardinen	1.—
Teppiche	2.—
Läuferstoffe	1.—
Linoleum	1.—
Schirme	1.—
Korbmöbel	1.—
Fahrräder	3.—
Nähmaschinen	3.—
Kinderwagen	2.—
Puppenwagen	2.—
Sprechapparate	3.—
Schallplatten	1.—
Geigen	1.—
Mandolinen	1.—
Lauten	2.—
Gitarren	2.—
Zithern	1.—
Ziehharmonikas	2.—

Alfred Mücke
Breslau
Tauentzienstr. 51.

Konkursmassen-Ausverkauf
In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma
Schindler & Co., G. m. b. H.
in Breslau, Schmiedebrücke 29a
findet für kurze Zeit der Verkauf der Warenvorräte an Privatkundschaft statt. Es handelt sich um:
Sprechapparate, Schallplatten
Mandolinen, Lauten
Geigen, Ziehharmonikas
und sonstige Zubehörteile usw.
Der Konkursverwalter.

Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren
Oskar Laqua
Breslau, Anderssenstr. 31

Inserate haben in unserer Zeitung **besten Erfolg**

Sie verdienen täglich
10 Mark mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Kernseifenfutter, Roßhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 18
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Sprechapparate und -Platten
speziell
Rote Frontkämpfer-Märsche
Proletarische Lieder und sämtliche neuesten Schlager
Georg Greulich, Hummerei 52
bequeme Teilzahlungen

Kaufhaus Bach & Blachmann
Breslau 23 :: Herdainstr. 44
Filiale: Brockau, Güntherstr. 19
Sämtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl zu billigsten Preisen!

FILIALE BRESLAU
PEUVAG BERLIN
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-A.-G.
Breslau 10, Trebnitzer Str. 50 / Telefon 28837

DRUCK SACHEN
für den Privat- und den Geschäftsbedarf (Broschüren, Prospekte, Plakate, Programme, Eintrittskarten, Briefbogen, Rechnungen usw.) werden schnell u. preiswert hergestellt in unserer Druckerei. — Spez.: Massen-Auflagen innerhalb kürzester Zeit. Verlangen Sie bitte Kostenvoranschläge

1. Nachtrag

zum Ortsstatut über die Reinigung der Fußgängerwege in Dittersbach v. 14. Febr. 1914.

Der § 1 Absatz 1 und § 2 erhalten folgende Fassung:

§ 1.

Die dem öffentlichen Verkehr innerhalb der geschlossenen Ortslage dienenden Bürgersteige und Fußgängerwege einschließlich der Rinnsteine und Bordschwellen sind durch die anliegenden Grundstückseigentümer oder den vertraglich hierzu Verpflichteten zu reinigen, bei Eisglätte mit abstumpfenden Mitteln (keinen Kohlenschlacken) zu bestreuen und bei eintretendem Tauwetter unverzüglich von den Schnee-, Eis- und Schmutzmassen zu befreien.

§ 2.

Die Reinigung hat je nach Bedürfnis, mindestens bis täglich 9 Uhr (vormittags), in den Monaten Oktober bis März jeden Jahres wöchentlich, aber in den Monaten April bis September wenigstens an jedem Mittwoch und Sonnabend und vor den Gast- und Schankwirtschaften ohne Rücksicht auf die Jahreszeit werktäglich zu erfolgen. Fallen der Mittwoch oder Sonnabend auf einen Feiertag, so hat die Reinigung am vorhergehenden Werktage zu geschehen.

Der Schnee ist auf dem Fahrdamm in Haufen zu setzen, die aber den Straßenverkehr nicht hindern.

Festgestellt und genehmigt in der Gemeindevertretersitzung am 14. Dezember 1928.

Der Gemeindevorstand
gez. Roeßler gez. Geißler
Die Gemeindevertretung
gez. Bartilla Müller Paul Schönfelder

Vorstehender 1. Nachtrag zum Ortsstatut erhält hiermit die polizeiliche Zustimmung.

Dittersbach, den 22. Dezember 1928

Der Amtsvorsteher
gez. Roeßler

Genehmigt durch Beschluß des Kreisausschusses vom 18. Januar 1929

Waldenburg, den 28. Januar 1929

(L. S.)

Der Kreisausschuß des Landkreises Waldenburg in Schlesien
K. 103. II. J. V.
gez. Unterschrift
Regierungs-Assessor

Veröffentlicht
Dittersbach, den 22. Februar 1929
Der Gemeindevorsteher
Roeßler.

Waldenburger Bergland

Hör zu, Kollege!

Kommt es auf Deinen Betrieb an?

Viele Kollegen sind der Meinung, daß es auf ihren Betrieb bei der Durchführung der Betriebsratswahl nicht ankommt. Ist das richtig? Nein, das ist grundfalsch! Warum? Weil so denkende Kollegen erwarten, daß die anderen Betriebe schon alles von ihm als notwendig Erkannte machen werden. Wenn nun aber jeder glaubt, daß sein Betrieb keine Rolle spielt, so wird überhaupt nichts gemacht, und der alte Zustand bleibt bestehen, daß die Gewerkschaftsbürokratie mit den von ihr bestimmten Betriebsräten weiter verhindern kann, daß die Arbeiter sich ausreichende Löhne erkämpfen.

Auf Deinen Betrieb kommt es an!
Ueberall revolutionäre Betriebsräte.
Jeder Betrieb eine rote Burg.

Und immer wieder Unfälle

Auf der Melchiorgrube sind in den vergangenen Tagen neun Mann wegen Vergiftungserscheinungen in das Lazarett eingeliefert worden; zum Teil sind sie wieder in ihre Wohnungen gegangen, nachdem ihnen Sauerstoff eingepumpt worden ist. Die Ursache der Erkrankungen sind angeblich die Abgase der Benzollokomotiven. Jedenfalls scheint die Wetterführung nicht in Ordnung zu sein. Bei diesen wiederholten Erkrankungen, die an einigen hintereinanderfolgenden Tagen erfolgten, ist wieder einmal der Beweis erbracht worden, daß die sanitären Einrichtungen äußerst mangelhaft sind. So ist zum Beispiel keine verwendbare Milch die Nacht über vorhanden gewesen.

Am 20. Februar ist auf dem Ernestinestollen der Hauer R. Schmette verunglückt. Ihm wurde eine Hand schwer beschädigt. Er mußte in das Lazarett eingeliefert werden.

Es scheint, daß die Reichs-Unfall-Woche zur Folge hat, daß sich gerade jetzt die Unfälle riesig vermehren. Der hohen Kommission empfehlen wir, lieber statt den theoretischen Weisheiten an die Brand- bzw. Unfallherde zu gehen und Maßnahmen zu treffen, um Unfälle und Krankheiten zu verhüten. So könnte mal der Steinbrecherbetrieb besichtigt werden, in dem so viel Staub und Dreck entwickelt wird, daß einer den andern nicht sieht und dadurch, abgesehen von der Unfallgefahr, schwere Schädigungen der Gesundheit eintreten.

Alle Ausgaben für solche Ausstellungen und „Wochen" sind unnütz! Beseitigung der Voraussetzungen von Unfällen ist notwendig, jedoch hat man dies vom kapitalistischen Staat nicht zu erwarten.

Erwerbslosenversammlung in Liebichau

Die Erwerbslosenversammlung in Liebichau beschäftigte sich mit fünf Tagesordnungspunkten. Genosse Sellig vom Kreis-Erwerbslosenausschuß sprach über die allgemeine Lage im Reich und zeigte die Rationalisierung der Kapitalisten und ihre Auswirkungen auf. Ferner sprach er über das Erwerbslosengesetz sowie das Verhalten der SPD. bei den Verhandlungen über das Sonderfürsorgegesetz. An Hand von Beispielen zeigte Genosse Sellig, wie die Prüfung der Bedürftigkeit durchgeführt wird. Genosse Stäbler berichtete über die Verhandlung über die gestellten Anträge im Gemeindeparlament. Die kostenlose Uebernahme der Stempelkontrolle durch die Gemeinde wurde von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen und zur Genehmigung an das Arbeitsamt Waldenburg überwiesen. Die weiteren zwei Anträge wurden in die geheime Sitzung verlegt. Hier griff Genosse Stäbler die Vertreter der SPD. scharf an, da Gemeindevertreter Quäker (SPD.) als erster beantragte, die Anträge in geheimer Sitzung zu verhandeln. Dann gab Gründel Bericht über den Bestand der Kasse. Darauf fand die Wahl des Delegierten zur Bezirkskonferenz statt, wozu Genosse Stäbler einstimmig gewählt wurde. Der Beschluß, den Vertrieb der Erwerbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung" zu verstärken, bildete den Abschluß der Versammlung.

Oberes Revier

Friedland. Alle Mitglieder der Partei kommen am Dienstag 20 Uhr in den „Anker". Bericht über den 6. Weltkongreß.

Freiburg

Nuwo. Wir werden um Veröffentlichung folgender Zeilen gebeten: Anläßlich der Reichs-Unfallverhütungs-Woche findet am Freitag, dem 1. März, 19,30 Uhr, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, wo über das Thema: „Unfallschutz und Unfallverhütung" gesprochen wird. Lokal Gasthof „Goldener Anker". Es ist Pflicht aller Arbeitnehmer, diese wichtige Versammlung zu besuchen. — Wir haben schon oft zum Ausdruck gebracht, daß der beste Schutz gegen Unfälle die Abschaffung des Antreibersystems wäre. Wir wiederholen dies auch hier.

Landeskonferenz der schlesischen Erwerbslosen

am 2. und 3. März in Breslau

Tagesordnung:

1. „Die Wirtschaftslage und die Aufgaben der Erwerbslosenausschüsse." Referent: Vertreter des Reichs-Erwerbslosen-Ausschusses, Berlin.
2. Bericht über die Tätigkeit des Erwerbslosen-Ausschusses Breslau. Referent: Vertreter des Erwerbslosen-Ausschusses Breslau. Anschließend Berichterstattung der örtlichen Erwerbslosen-Ausschüsse.
3. Die nächsten praktischen Aufgaben in Schlesien.
   a) Reichs-Erwerbslosen-Tag.
   b) Zusammenfassung der Erwerbslosen-Ausschüsse.
   c) Ausbau der Erwerbslosenbeilage der „Arbeiter-Zeitung".
   d) Der Kampf um Wirtschaftsbeihilfen.
   Referent: Vertreter des Erwerbslosen-Ausschusses Breslau.
4. Anträge.
5. Wahlen.

Tagungslokal

bei Graf, Westendstraße 37. Zu erreichen vom Hauptbahnhof sowie Freiburger Bahnhof mit der Gürtelbahn (Linie 7), Umsteigen am Königsplatz in die Linie 1 oder 21. Aussteigen Haltestelle Leuthenstraße.

Tagungsbeginn

Sonnabend, den 2. März, pünktlich 14 Uhr, voraussichtliches Ende der Konferenz Sonntag nachmittag.

Jeder Delegierte hat mitzubringen

1. Einen Ausweis über seine Wahl, mit Angabe der Zahl der an seinem Orte vorhandenen Erwerbslosen.
2. Falls gewerkschaftlich oder politisch organisiert, das Mitgliedsbuch dieser Organisationen.
3. Eine Mark Unkostenbeitrag zur Deckung der Ausgaben der Konferenz.

Niederschlesien

Görlitz

Henriettenhütte im Blitzlicht

Sonderbare Zustände herrschen in der hiesigen Henriettenhütte, die wir heute etwas näher beleuchten wollen. Da wäre zunächst der Betriebsrat. Vor zirka vier Wochen wurde unser Genosse, der Arbeiter Otto Berthold aus Petersdorf in die Formerei eingestellt. Nach fünf Tagen wurde derselbe krank. Die Krankheit war durch ärztliches Attest festgestellt. Trotzdem wurde derselbe nach 14 Tagen fristlos „ordnungsmäßig" entlassen. Als B. nun bei der Hüttenverwaltung nach dem Entlassungsgrund frug, wurde ihm ein weiterer Entlassungsschein ausgestellt, mit der Begründung: „Untauglich für die Formerei." Nun stellte B. die Sache dem Betriebsratsvorsitzenden Emil Pusch vor. Dieser vertröstete ihn damit, daß er ihm Bescheid zukommen lassen wollte. Pusch kümmerte sich um die Sache nicht im geringsten, trotzdem es seine Pflicht gewesen wäre, den Gesamtbetriebsrat davon in Kenntnis zu setzen. Pusch Emil ist Vorsitzender der „Panzerkreuzersozialisten". In dieser Weise unterstützt dieser saubere SPD.-Mann die Maßnahmen der Verwaltung, Krankheit als Entlassungsgrund hinzustellen. Oder Emil, ist für dich der zweite Punkt maßgebend: „Untauglich für die Formerei"? Dann fragen wir dich hiermit: „Wie lange hast denn du das Formen gelernt, ehe du richtig firm drin warst?" Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen. Wenn einer in ungewohnte Arbeit kommt, muß er sich natürlich erst einrichten. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Wenn es gilt, sich Nebenverdienste zu verschaffen, z. B. das Einkassieren der Teilzahlungsbeträge für die Breslauer Tuchhausierer, wo man außerdem zu Weihnachten ein Kistchen Zigarren geschenkt erhält, da ist Freund Emil schnell da. Da hat er auch Zeit. Bis um 5 Uhr läuft seine Arbeitszeit und um 4 Uhr steht er schon beim Tor, um die Interessen der Breslauer Großhändler, statt die der hiesigen Arbeiter zu vertreten. Bei der Verwaltung ist er bemüht, sich selbst ins beste Licht zu stellen, um bei den Herren Direktoren ja nicht anzustoßen. Wir raten der hiesigen Arbeiterschaft in ihrem eigenen Interesse, bei den kommenden Betriebsrätewahlen sich ihre Leute etwas genauer anzusehen und solche Elemente, die die Arbeiterschaft verraten, nicht im Betriebsrat zu dulden. Nur rote Betriebsräte können uns helfen.

Bei der jetzt herrschenden Kälte ist den hohen Herren in ihren warmen Zimmern plötzlich die Erkenntnis gekommen, daß die ausgemergelten Proleten auch frieren könnten. Um aber nichts am Profit einzubüßen, wurden einige Kaffeemarken „gratis" ausgegeben. Wenn die Herren nun denken, ein gutes Werk getan zu haben, so sei ihnen hiermit kundgetan, daß die Arbeiter auf diesen „Blümchenkaffee" verzichten. Gebt den Arbeitern auskömmlichen Lohn, damit sie sich selbst einen vernünftigen Kaffee machen können. Des weiteren ist die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsräumen hier eine der Hauptforderungen. Das Geld für Tennisplätze und anderen Luxus würde ausreichen, um Arbeitsräume zu schaffen, in denen zu arbeiten auch wirklich Menschen zugemutet werden kann. Alle hiesigen Arbeiter müssen einsehen, daß sie nur durch rücksichtslosen Klassenkampf ihren berechtigten Forderungen Geltung verschaffen können. Lest alle die „Arbeiter-Zeitung", welche schonungslos den Kampf gegen die Ausbeuter, Unterdrücker und Verräter führt.

Der Heinz-Kumpel.

Sagan

Die Wohnungsnot nimmt immer größere Dimensionen an. Die Proleten wohnen meist in baufälligen Buden, Dachkammern oder Kellerräumen. Sagan steht bezüglich der Wohnungsnot mit an erster Stelle. Krankheiten, vor allem die Tuberkulose, greifen immer weiter um sich. Die anhaltende Kälte ist für die Arbeiter Sagans direkt katastrophal. Die Zahl der Erkrankungen ist hier auch bedeutend höher wie in anderen Städten. Der Magistrat tut nichts, um der Wohnungsnot zu steuern. Stundenlange Polonäsen und Verzweiflungsausbrüche auf dem Wohnungsamt sind zur Regel geworden. Die Kommunisten haben oft schon auf die Not hingewiesen und Abänderung verlangt. Aber nichts geschieht. Der Magistrat verschanzt sich hinter die Behauptung, daß kein Geld da sei. Eine endgültige Beseitigung der Wohnungsnot und all ihrer Begleiterscheinungen kann erst durch die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erreicht werden. Darum hinein in die Kommunistische Partei, mit ihr zur Erreichung dieses Ziels alle Kräfte angespannt. Aber schon jetzt muß innerhalb des kapitalistischen Regimes für die Beseitigung der Wohnungsnot gekämpft werden. Bei den Wahlen im Herbst muß mit dem jetzigen Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung abgerechnet werden.

Sprottau

Telephonmasten-Unglück

Ein Arbeiter tot — vier schwer verletzt

hy. Malmitz, 24. Februar. Während eine Abteilung Telegraphenarbeiter, die an der Sagan-Liegnitzer Strecke die Fernleitung abzunehmen hat, in Silber arbeitete, stürzten plötzlich fünf oder sechs Masten um. Ein Arbeiter war sofort tot. Vier andere wurden schwer verletzt.

Erbauliches von der Wilhelmshütte. Auf der Station Versand der Eisen- und Emaillierwerke A.-G. (Wilhelmshütte) gibt es einen sehr netten Meister namens Weichert, mit dem man sich einmal an dieser Stelle beschäftigen muß. In der Behandlung „seiner" Arbeiter kann man sein sehr menschenfreundliches Herz erkennen. Dieser Mann belegt die Kumpels mit allerlei „Kosenamen". Diese Ausdrücke sind kaum wörtlich wiederzugeben. Nach ihm kommen die drei Vorarbeiter, die ebenso als Antreiber berühmt sind wie der „Meister". Mit solchen Musterexemplaren können sich natürlich diejenigen, die „nur" Arbeiter sind, nicht vergleichen. Erst recht werden die Kollegen jetzt zusammenhalten, um diesen Leuten das Handwerk zu legen, und werden die „Arbeiter-Zeitung" lesen.

Liegnitz

Am 22. Februar hatte der Rote Frauen- und Mädchenbund einen Proletarischen Abend, welcher sehr gut besucht war. Die Theaterstücke, vom RFMB. aufgeführt, verfehlten ihre Wirkung nicht, großes Interesse erregte das Stück des Jungspartakusbundes unter Leitung des Genossen Müller, verfaßt von ihm selbst, mit dem Titel „Alkohol". Der Vorsitzende des „Mutterschutzes", Winter (SPD.), sprach gegen den Paragraph 218. Er wies auf die Errungenschaften in Rußland auf diesem Gebiete hin und empfahl jeder Frau den Eintritt in den RFMB.

Zur Nachahmung empfohlen!

Der Genosse Müller hat innerhalb von vier Wochen zwölf Neuaufnahmen für die Partei gemacht. Genossen, macht es nach!

Allgemeine Leitungssitzung Freitag, den 1. März, im „Preußischen Hof". Festlegung des Arbeitsplanes für März. Alle Leitungen müssen erscheinen!

Zahlungsbefehl mit „Frei Heil" erhielt ein Reichsbannermann von der Firma Berthold Braun, Leipzig. Die Firma liefert für den Gau Niederschlesien Uniformen. Als der Bannermann nicht gleich zahlen konnte, schickte die Firma den Zahlungsbefehl, unterschrieben mit „Frei Heil". In der letzten Nummer des „Reichsbanners" empfiehlt die Firma wieder Waren und schreibt, 2000 Blusen bereits in den Gau Schlesien geliefert zu haben. Was tut ihr dagegen? Da der Verkauf durch den Gau geht, muß doch der Gau mit dem „Frei-Heil"-Zahlungsbefehl einverstanden sein.

Gründungsfeier der KJ. Mittwoch, den 27. Februar, im „Preußischen Hof". Parteigenossen, RFB.-Kameraden und Zeitungsleser sind eingeladen.

Beuthen a. d. O.

Ein begehrter Posten. Um die hiesige Bürgermeisterstelle haben sich 125 Angehörige der verschiedensten Berufe aus allen Teilen Deutschlands beworben.

Aus dem Riesengebirge

Petersdorf. Am Freitag fand in Petersdorf eine gutbesuchte Erwerbslosenversammlung statt. Als erster Punkt wurde der Erwerbslosen das Resultat der Gemeindevertretersitzung, die am Montag die Anträge der Erwerbslosen beriet, bekanntgegeben, worauf sämtliche Erwerbslose stürmisch Protest gegen die sozialdemokratische Gemeindevertretung sowie gegen SPD.-Parteiführer erhob. Bekanntlich hatten die Kommunisten in der Gemeindevertretersitzung beantragt, 3000 Mark für Winterbeihilfe für die Erwerbslosen zu bewilligen, wovon der Kreis 800 Mark tragen sollte. Der Amts- und Gemeindevorsteher hatte nur 800 Mark von der Gemeinde und die 800 Mark vom Kreis beantragt. Hierauf sprachen die drei sozialdemokratischen Gemeindevertreter Talke, Kretzel und Niepel von dem Elend der Erwerbslosen und baten, den Antrag mit 2200 bzw. 3000 Mark doch anzunehmen. Dann sprach der sozialdemokratische stellvertretende Gemeindevorsteher Wunsch als Vorsitzender der SPD.-Fraktion, daß doch die Not der Erwerbslosen nicht so groß sei, und es den Erwerbslosen noch zu gut ginge, denn wenn ihnen Arbeit nachgewiesen würde, wären sie viel zu faul, dieselbe anzunehmen. Sie meldeten sich dann krank oder dergleichen. Er beantragte, nur 1000 Mark zu bewilligen. Der kommunistische Antrag wurde niedergestimmt, da, nachdem dieser saubere Sozialdemokrat gesprochen hatte, die SPD.-Gemeindevertreter, die vorher für die Annahme des Antrags sprachen, zu folge waren, ihre Ansichten durchzufechten. So wurde zur Freude der Bürgerlichen und mit den bürgerlichen Stimmen der Antrag mit 1000 Mark angenommen. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird sich die Empörung unter den Petersdorfer Erwerbslosen vorstellen können. — Dann wurde Bericht über die Verteilung der bewilligten Mittel gegeben, wonach die Klassen 1 bis 5 Unverheiratete sechs Wochen je 1,50 Mark, die Klasse 6 nur 1 Mark, und die Verheirateten in der Klasse 1 bis 5 zwei Zentner Kohle, die der Klasse 6 nur einen Zentner Kohle erhalten. Auch hier gab es wieder den schärfsten Protest der gesamten Erwerbslosen, und es wurden wiederum neue Anträge auf gerechte und ausreichende Beihilfen gestellt. Nachdem der Genosse Hennig aus Schweidnitz die Notwendigkeit der Entsendung von Delegierten zur Bezirks-Erwerbslosenkonferenz zur Genüge erörtert hatte, wurden zwei Delegierte nach dort gewählt. Als letztes führte Genosse Hennig noch das Erwerbslosenelend und das Elend der Wohnungsnot durch einen Lichtbildervortrag vor Augen, was bewegt mitempfunden wurde. Auch diese Versammlung war wieder ein Beweis, daß die Petersdorfer Erwerbslosen geschlossen hinter der Kommunistischen Partei stehen. Wir rufen allen Erwerbslosen zu, nicht nur bei den Wahlen Kommunist zu sein, sondern auch Mitglied der KPD zu werden.

Mittelschlesien

Oels. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Oels veranstaltet am 9. März eine Wohltätigkeitsveranstaltung, bestehend aus Theatervorführung mit anschließendem gemütlichen Beisammensein. Der eventuelle Reinertrag soll zur Anschaffung von Transportgeräten verwendet werden. Sämtliche Freunde und Gönner der Arbeiter-Samariter-Bewegung werden heute schon auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht. Der Verkauf der Eintrittskarten beginnt bereits in den nächsten Tagen. Eintrittskarten sind bei sämtlichen Genossen der Kolonne zu haben. Der Eintrittspreis ist mit 50 Pfg. pro Person sehr niedrig bemessen. Es ist zu wünschen, daß in den breiten Kreisen der Bevölkerung die Veranstaltung rege Unterstützung findet.

Peisterwitz. Arbeit der SPD. in den Landgemeinden. Im schlesischen Volkskalender 1929 der SPD. ist auch ein Artikel des Gemeindevorstehers Fritz Hoffmann-Peisterwitz erschienen, welcher jedenfalls als Vorbild der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker dienen soll. Theorie und Praxis sind verschieden, das werden die Leser dieses Kalenders in Peisterwitz feststellen müssen. Der Staat, dessen Aufgabe es wäre, die notleidenden Kommunen, wie es gerade unsere Gemeinde ist (von 3800 Köpfen sind gegenwärtig 600 arbeitslos), zu unterstützen, braucht natürlich die Gelder für Heer, Marine, Polizei und Pfaffentum. Sämtliche Lasten liegen daher auf den Schultern der kleinen Gewerbetreibenden, Kleinbauern und Häusler. Pfändungen sind täglich unterwegs, so daß die drei Boten und Nachtwachbeamten, welche das hohe Einkommen von 100 Mark monatlich haben, gar nicht imstande sind, dieselben binnen sechs Tagen einzubringen. Weitere Einnahmen sind Bier- und Vergnügungssteuern. Wir müssen sogar das alkoholfreie Karamelbier versteuern, welches im ganzen Kreise Ohlau sonst frei ist. Kapitel Schulen: Vor nicht allzu langer Zeit wurde der Abbau einer Lehrstelle gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, trotz der Klassenziffer von 40—50 Kindern. Die Oefen sind auch nicht in Ordnung, so daß in der katholischen Schule bei den kalten Tagen höchstens 4 Grad Wärme aufzubringen waren. Zum Abschnitt Wohnungswesen wird behauptet, die Wohnungsnot wäre hier ganz beseitigt. Wohl hat die Gemeinde Wohnungen geschaffen, aber wer kann sie bezahlen? Die vorhandenen Rückstände und Aussetzungsklagen beweisen wohl genug. Sollte doch eine Familie mit Kindern ausgesetzt werden, wo der Mann in der Fremde krank lag. Nur durch arbeitslose Kollegen, welche die Aussetzungsarbeit verweigerten, wurde das verhindert. Es ist eben leichter, die Miete zu zahlen, wenn man 24 Mark pro Tag verdient, gegen 10—20 Mk. pro Woche, Herr Vorsteher. — Abschnitt Wohlfahrtspflege: Wir Kommunisten behaupten, daß das keine Wohlfahrtspflege ist, sondern Armenpflege. Zur Entscheidung über Anträge besteht eine Fürsorge-Kommission. Da wird festgestellt, ob der Antragsteller noch ein ganzes Hemd hat, ob er etwa einen über das Maß hebt oder gar beim letzten Lumpenball gewesen ist. Ist er dann noch gar einer, der nicht auf der schwarzrotgoldenen Linie steht, sind alle Chancen verloren. Vielleicht kümmert sich mal einer der Herren darum, wieviel Kinder keine Schuhe haben, um die Schule zu besuchen, wieviel nur mangelhaft bekleidet und ohne zu frühstücken die Schule betreten. Auch eine Kleinkinderschule haben wir, nur steht sie trotz sozialdemokratischer Gemeindeverwaltung und Arbeitermehrheit unter Leitung des „Vaterländischen Frauenvereins", ebenso die Krankenpflege. Die Krankenschwestern stammen vom evangelischen Mutterhaus Miechowitz, und es werden auch jährlich 300 Mark an dieses Haus gezahlt. Die Kontrolle hat, wie schon gesagt, in erster Linie der „Vaterländische Frauenverein", und es ist auch nicht wunderzunehmen, wenn die Erziehung der Kleinen danach ausfällt. Als der letzte Pfarrer von hier verschwunden ist, wurde noch schnell vorher eine großzügige Abschiedsfeier und bei Ankunft des neuen Herrn eine ebensolche Einführungsfeier unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Kirchenräte in Gang gesetzt. Dabei soll natürlich auch Wein geflossen sein. Jetzt ist die Kasse vollständig verlottert und leer. Darum müssen natürlich schleunigst Steuern erhoben werden. So schickt man solche unverschämten Forderungen sogar an solche Arbeiter, die schon zwei Jahre und länger der Kirche den Rücken gekehrt haben. An hier angeführten Beispielen sieht man, daß trotz des großen Einflusses der SPD. alles sehr mau aussieht, wenn man auch noch so schöne Artikel als Wahlvorbereitung schreibt. Nicht die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, Landräte und Minister werden die Lage der Arbeiter bessern, sondern die Arbeiter selbst, indem sie sich der Kommunistischen Partei anschließen und die Kapitalisten samt ihren sozialdemokratischen Helfern zum Teufel jagen.

Oberschlesien

Gleiwitz

Zahlung der Kleinrenten

Die nächste Zahlung der Kleinrenten für den Monat März 1929 an die Kleinrentner der Stadt Gleiwitz sowie die eingemeindeten Stadtteile Richtersdorf, Ellguth-Zaborze und Zernik, mit Ausnahme von Sosnitza, finden am kommenden Freitag, dem 1. März 1929, und zwar in den Vormittagsstunden von 8 bis 11 Uhr in den Vorräumen des Stadttheaters auf der Wilhelmstraße statt. Pünktliche Abholung der Renten und das Mitbringen der Ausweiskarten ist unbedingt erforderlich.

Beuthen

Lohn- und Urlaubsbetrug auf Heinitzgrube

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Es ist keine Seltenheit, daß Arbeitern bei der Restlohnzahlung Schichten fehlen und sie bis sechs Wochen auf den Restlohn warten müssen. Die Arbeiter, die bei ihren Abteilungssteigern wegen der fehlenden Schichten reklamieren, werden von diesen mit der Bemerkung abgespeist: „Kommen Sie ein andermal!" Den Anfragenden wird vor der Nase der Schalter zugeschlagen und können froh sein, wenn ihnen der Kopf nicht eingequetscht wird.

Eine besondere Marke von Abteilungssteiger ist Herr Paniowski von der Abteilung V. Das Auftreten des P. gegenüber den Kumpels ist skandalös. Er benimmt sich so, als wenn er der Besitzer der Grube wäre und nicht Angestellter. Als am 19. d. M. ein Proletarier bei P. vorstellig wurde und die fehlende Schicht reklamierte, erklärte P., er möge die nächsten Tage wiederkommen. Nicht genug, daß der Arbeiter sechs Wochen auf seinen sauer verdienten Lohn gewartet hat, mußte er noch eine Schicht zur Abholung des Geldes einbüßen. Und diese schikanöse Behandlung erreicht durch die Notierung der Schicht als Bummelschicht die Höhe der Gemeinheit. Dadurch will man den Proleten um seinen Urlaub bringen. Um die Arbeitsordnung schert man sich den Teufel. Im Betriebe ist Steiger P. groß und wild, erscheint er vor dem Arbeitsgericht, so ist er klein und „mild". Als im Dezember vorigen Jahres zwei Arbeiter wegen Nachzahlung des Lohnes klagten und es beim Termin zu einer Einigung kam, da erklärte P. zu einem Arbeiter: „Ich werden Ihnen Gelegenheit geben, das, was Sie durch die Einigung verloren haben, im nächsten Monat nachzuholen."

Diese Aussage des Steigers P. charakterisiert ihn zur Genüge, und die Arbeiterschaft sollte sich nicht länger mehr von solch einem Manne schikanieren lassen.

Karf

Wilhelmstraße ohne Wasser

A. K. Schon seit Wochen ist die Bevölkerung der Wilhelmstraße ohne Wasser. Ueberall sind Wasserrohrbrüche und die Gemeindeverwaltung rührt keinen Finger, um diesem Mißstand abzuhelfen. Die proletarischen Frauen und Kinder müssen kilometerweit das Wasser aus Häusern von den Nachbarstraßen holen. Daß dabei Schwierigkeiten entstehen, müßte jedem verständlich sein. Die Hausbesitzer schreien am meisten.

Die Gemeindeverwaltung, die mit der Beseitigung der Rohrbrüche begonnen hatte, hat diese Arbeiten unterbrechen lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung der Schäden, damit die Mieter der Wilhelmstraße Wasser bekommen.

Ratibor

Rüstet zum Reichserwerbslosentag

In der letzten stattgefundenen, gut besuchten Erwerbslosenversammlung wurde von dem Genossen Popella ein Bericht von der in Gleiwitz stattgefundenen Bezirks-Erwerbslosenkonferenz erstattet. Aus allen Teilen Oberschlesiens waren die Delegierten in Gleiwitz erschienen. Neben kommunistischen Delegierten waren parteilose und sozialdemokratische Arbeiter erschienen. Dem von Genossen Popella erstatteten Bericht entnehmen wir folgendes: Der Reichstagsabgeordnete Jadasch gab unter Berücksichtigung der politisch-wirtschaftlichen Lage einen Situationsbericht über die Erwerbslosenbewegung im Reichsmaßstabe. Es gilt für die Erwerbslosen sowie für die Arbeiterschaft im Betriebe, alle Kräfte zusammenzufassen, um erfolgreich die reaktionären Maßnahmen der Regierung auf allen Gebieten zurückzuweisen. Der Landtagsabgeordnete Jendrosch referierte über die Erwerbslosenversicherung und deren Auswirkungen und Unzulänglichkeit, sowie über die Sonderfürsorge, die mit einem Federstrich fast eine Million Erwerbslose vom Unterstützungsbezug ausschaltet. Die von der Bezirkserwerbslosenkonferenz aufgestellten Kampfforderungen wurden von der Ratiborer Erwerbslosenversammlung einstimmig gutgeheißen. Ferner wurde zu dem Reichserwerbslosenkongreß am 6. März Stellung genommen und in der Diskussion einmütig betont, daß alle Maßnahmen und Vorbereitungen getroffen werden müssen, um den Kongreß und die damit im Reich verbundenen Kampfdemonstrationen erfolgreich durchzuführen. Anschließend wurde vom Kassierer der Erwerbslosenvertretung ein Kassenbericht gegeben, der ebenfalls einstimmig gutgeheißen wurde.

Ratiborer Erwerbslose, formiert die Kampffront zur Durchsetzung eurer berechtigten Forderungen! Rüstet zum Reichserwerbslosentag!

Cosel

Wohnungselend. Die Stadt Cosel kann sich rühmen, das größte Wohnungselend zu haben. Die Wohnungsuchenden werden auf Jahre hinaus vertröstet, ehe sie von der Wohnungskommission eine Wohnung erhalten können. Während die Bourgeoisie in zehn bis fünfzehn Zimmern behaglich wohnt (der Direktor Greulich bewohnt allein eine Villa mit 36 Zimmern), werden die Arbeiter in die schrecklichsten Löcher gestopft. Eine der schlechtesten Wohnungen ist das frühere Militärgefängnis. Den Proleten, welche während der wilhelminischen Zeit den Soldatenrock trugen, sind diese Martierzellen noch in Erinnerung. Die Stadt schreckt davor nicht zurück, diese Löcher als Wohnungen für fünf- und sechsköpfige Familien zu vermieten. Es sind Hunderte derartiger Löcher, die als Notwohnungen vermietet werden, aber eine menschenwürdige Wohnung erhält man niemals. Jedes Jahr hoffen die Wohnungsuchenden, durch die Neubauten von Siedlungshäusern eine anständige Wohnung zu erhalten, aber durch die unverschämt hohen Mieten kann keiner diese Wohnungen mieten, so daß ein großer Teil dieser Wohnungen leer steht.

Kreuzburg

Konkursverfahren gegen die Zuckerfabrik

Wie wir hören, ist das Konkursverfahren gegen die hiesige Zuckerfabrik angeblich wegen Zahlungsschwierigkeiten eröffnet worden. Die Gründe sollen in der Unrentabilität des Betriebes liegen. Dieser Grund dürfte wohl nicht der wirkliche sein. Den Angestellten ist zum 15. Februar gekündigt worden.

Diese Pleite wirkt sich nur zum Schaden der Arbeiter und Angestellten aus. Die Aktionäre der Zuckerfabrik werden bestimmt einen Verlust nicht erleiden.

Neustadt

Erschütterndes Elend auf dem Lande.

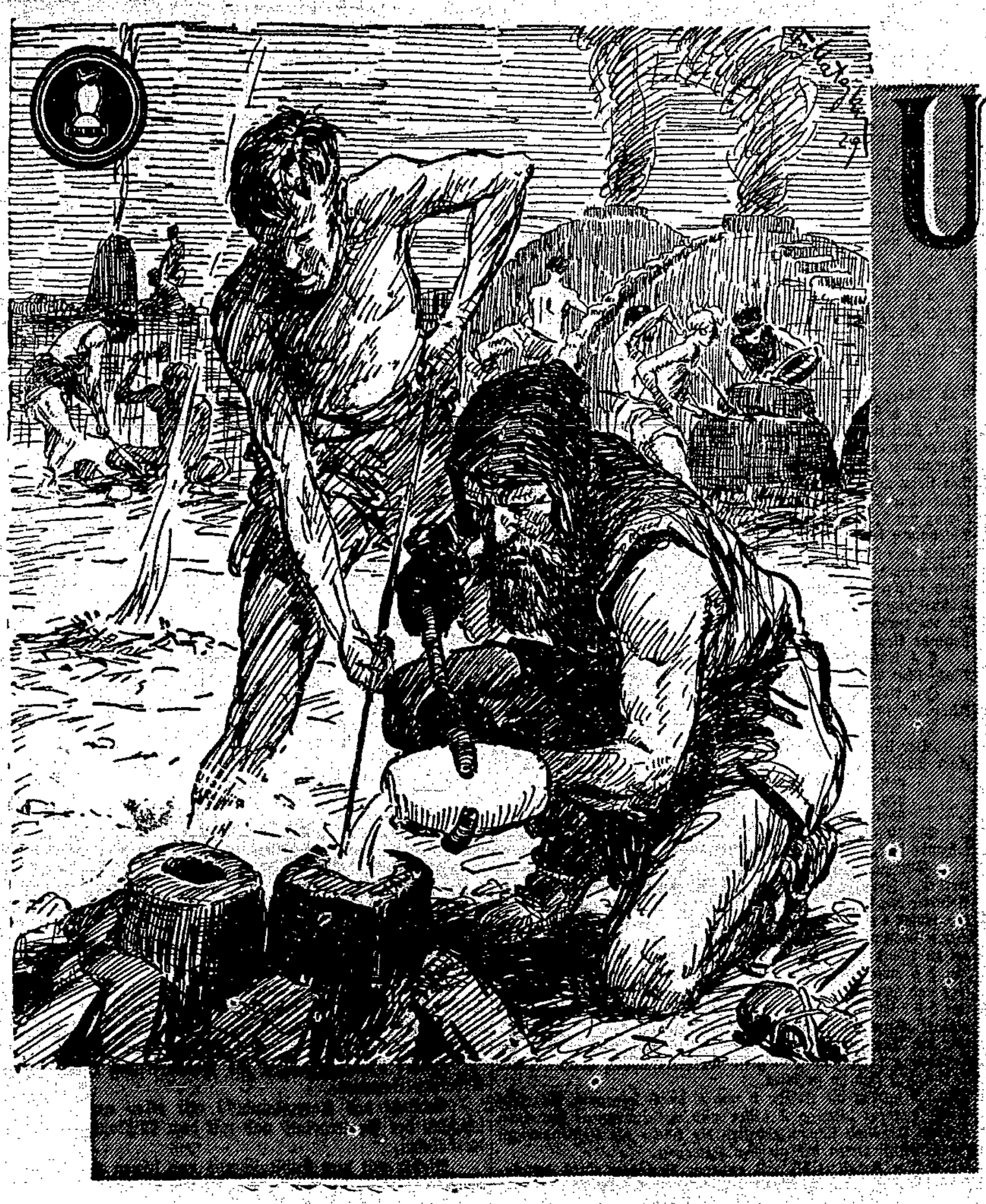
Folgende Zeilen charakterisieren die Rücksichtslosigkeit der Landgemeinden den Ortsarmen gegenüber: Der Schuhmacher Karl Gasche, wohnhaft in Wachtel-Kunzendorf, zog sich während seiner aktiven Militärdienstzeit eine Krankheit zu. Im Laufe der Jahre entwickelte sich die Krankheit bis zur völligen Lähmung. So ist der Aermste für Lebzeiten an das Bett gefesselt, hilflos und elend. Seine Frau wurde während der Kriegszeit ermordet. Der Arme besitzt wohl ein kleines strohgedecktes Haus mit etwas Acker und Wald, kann es aber nicht selbst bebauen, weshalb er den größten Teil verpachten muß. Die Pacht beträgt gerade soviel, wie die Bebauung des übrigen Landes kostet. Trotzdem erhält dieser Mann, weil er ein kleines Besitztum hat, von keiner Seite Unterstützung. So ist der Mann samt seiner Tochter, welche er zu seiner Pflege benötigt, sowie einem noch schulpflichtigen Knaben dem größten Elend ausgesetzt. Auf sein Gesuch an das Kreiswohlfahrtsamt wegen Gewährung einer Unterstützung, erklärte sich dieses auch bereit, ihm Unterstützung zu gewähren, sofern die Gemeinde ein Drittel zuzahlt. Aber die Gemeinde findet dies nicht für nötig. In einer Gemeinde, die vorwiegend zentrümlich eingestellt ist, beherzigt man das Gebot der Nächstenliebe nur in dem Sinne, Ortsarmen und Bedürftigen den Weg zum Friedhof zu erleichtern, indem man ihnen jede Hilfe verweigert.

Ein 70 Jahre alter Ortsarmer erhält seitens der Gemeinde monatlich zehn Mark Armengeld. So muß er sich seinen Lebensunterhalt erbetteln nach einem arbeitsreichen Leben als Weber. Sucht dieser Greis einmal sein Elend im Schnaps zu ertränken, so empören sich selbst Gemeindevertreter darüber. Arbeiter, hier heißt es, sich wehren! **Tretet der KPD., der einzigen Partei, die solche Zustände bekämpft, bei.**

Aus der Freidenkerbewegung. Der am 19. Februar im „Volksgarten" veranstaltete künstlerische Abend war verhältnismäßig gut besucht. Nach einer Einführung wurden Vorträge von den größten Dichtern, Goethe, Schiller, Lessing, Voltaire usw., geboten. Bei den Vorträgen von Klabund und Lersch: „Die Ballade vom Vergessen" und „Brüder", kamen so manchem Zuhörer die Tränen in die Augen. Man erkannte, daß auch Freidenker fühlende Menschen sind, daß ihnen der Schmerz und das Leid anderer selbst wehe tun. Ueberall, wo um eine Besserung des menschlichen Daseins gekämpft wird, werden sie ihren Mann stellen. Kampf dem Krieg, dem Massenmörder unserer Brüder, Kampf jeder Unterdrückung — sollen unsere Losungen sein. — Nach dem Abschluß des ersten Teiles sprach Ortsgruppenführer Anders. Er schilderte in kurzen Worten den Ernst der Lage und zeigte die Gefahren des bevorstehenden Konkordats. Nicht durch Resolutionen oder Telegramme kann dem entgegengearbeitet werden, sondern auch mit dem Kirchenaustritt. — Im zweiten Teil des Abends kamen spaßige Vortragungen zu Gehör. Dabei kamen die sogenannten Heiligen nicht zu kurz. Um 10 Uhr hatte der Vortragsabend sein Ende erreicht, für alle Anwesenden zu schnell.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Das Markgrafen-Kabarett zu Gleiwitz bringt in diesem Monat hervorragende Künstler. Das im Sport stehende Programm bringt Damenboxkämpfe der Harry-Brown-Truppe, welche riesigen Zuspruch haben. Zurzeit sind die Entscheidungskämpfe, welche bis Freitag dauern. Curt Blackwithe ist ein Musikgenie von großem Können, komisch und von außergewöhnlicher Vielseitigkeit. Ellen Berka bringt Leben in die Bude als rassige Soubrette, und Ruscha Held ist eine Sängerin mit hervorragenden Stimmitteln. Carl Veron als Pistonvirtuose beherrscht sein Instrument ausgezeichnet. Die Kapelle Gärtner bringt gute Unterhaltungsmusik. Der Pianist begleitet feinsinnig das Kabarettprogramm.



Unser die Heimat!

Um 700 v. Chr. finden Germanen in damals noch sumpfigen Gegenden Schlesiens schwärzliche Erzklumpen, die sie Rasenerz nennen. In engen Gruben mit hartgebrannten Wänden werden die Rasenerz-Klumpen in birnenförmigen Tongefäßen zwischen Holzkohleschichten geschmolzen.
Aus dem so gewonnenen primitiven Guß formt man eiserne Gegenstände, die Schmiedekunst wird erlernt und nach und nach verdrängt das Eisen in Waffe und Handwerkszeug die Bronze.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

RARITÄT 4 Pf

die Cigarette des Schlesiers!

o. Mdst. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

Reformistische Bürokratie gegen die Bergarbeiter

Die oberschlesische Revierkonferenz der „Mehrheit"

Die Bergkumpels in Oberschlesien sind die Berufsgruppe, die, bei langer Arbeitszeit unter ständiger Todesgefahr, bei einem nie dagewesenen Antreibersystem noch hungern und in elenden Löchern wohnen muß. Die Bergarbeiter schaffen unermüdlich Profite, schwarze Diamanten zutage, sie schinden für die Grubenbarone hohe Verdienste, sie leiden mit ihren Familien Entbehrungen, und sie suchen seit Jahr und Tag nach dem Ausweg aus diesem menschenunwürdigen Dasein.

Ihre Organisation, der Verband der Bergbauindustriearbeiter, ist die Hoffnung, an die sie sich in ihrer Not klammern. Die Arbeiterschaft muß sich für ihren Kampf um mehr Lohn und verkürzte Arbeitszeit eine Organisation schaffen! Aber die Führer dieser Organisation stehen

nicht auf dem Boden des proletarischen Kampfes.

Sie stehen bei den Unternehmern, beim kapitalistischen Staat. Sie sind für „Wirtschaftsdemokratie" und Erhaltung der kapitalistischen Konjunktur. Sie sind für Schlichtungswesen und Koalition mit der Bourgeoisie. In diesem Bestreben versuchen sie einerseits die Mitglieder der Verbände zu beeinflussen, andererseits aber alles niederzutrampeln, was gegen sie opponiert, Kritik übt oder gar den Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat fordert.

Der beste Beweis für diese Einstellung der reformistischen Führer ist die letzte Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes am Sonntag, dem 17. Februar, in Hindenburg. Die Konferenz mußte statutengemäß gemacht werden. Weil es die erste im Jahre war, mußte der Jahresbericht gegeben und die Neuwahl des Bezirksvorstandes vorgenommen werden.

Aber noch ein weiterer, und zwar der wichtigste, Punkt stand zur Beratung.

Am 1. März ist der Kündigungstermin für das Ueberarbeitszeitabkommen,

für den Manteltarif im Bergbau. Die reformistischen Führer hatten vor diesem Punkt besonders Wind, sie haben ihn deshalb als dritten auf die Tagesordnung gesetzt

und die Konferenz entsprechend ihrem Plan zusammengeschoben.

Nicht nur ihre reformistischen Funktionäre, sondern alle in ihrem Schlepptau befindlichen sozialdemokratisch verseuchten Mitglieder wurden als stimmberechtigt aufgeboten. In Funktionärsitzungen und Vorbesprechungen wurde der Plan, wie die Opposition an die Wand gedrückt werden kann, festgelegt.

Zum ersten Punkt referierte der Bezirksleiter Kossahl, der als Nachfolger des jetzigen Bürgermeisters Franz sich in zahlenmäßigen „Errungenschaften" seiner Arbeit verlor. Trotzdem konnte er nicht verheimlichen, daß trotz eines gewissen Zustromes in den Verband die Fluktuation eine sehr starke ist. Er verschwieg, daß diese Abwanderung besonders zurückzuführen ist auf die Spaltung der Organisation und auf die Ausschlußwut des Kossahl. Das zeigt sich besonders in Beuthen.

In der Diskussion haben die Kameraden der Opposition nochmals festgestellt, was Kossahl „vergessen" hatte, und was auf das Schuldkonto der alten Bezirksleitung zu buchen ist.

Kossahl und seine reformistischen Freunde waren es, die im vergangenen Jahre die Lohnbewegung im Schlichtungsapparat ermürgt haben.

Kossahl und seine Freunde waren es, die bei den Betriebsrätewahlen auf Heinitz- und Königin-Luise-Grube eine zweite Liste aufgestellt und die Arbeiterschaft gespalten haben.

Kossahl und seine Freunde waren es, die bei den Knappschaftsältestenwahlen diktatorisch Kandidaten aufgestellt haben, ohne die Mitglieder der einzelnen Sprengel zu hören.

Kossahl und seine Freunde sind es, die durch ihre unternehmerfreundliche Haltung die Organisation schädigen und dezimieren.

Die Kameraden brachten zu diesem Punkt eine Entschließung ein, in der die Sünden der Bezirksleitung besonders festgehalten sind. Die Abstimmung ergab eine große Minderheit für die nachstehend abgedruckte Entschließung:

Die Bezirksleitung genießt nicht das Vertrauen

„Die Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter stellt nach Entgegennahme des Jahresberichts folgendes fest:

Die Tätigkeit der Bezirksleitung im vergangenen Jahre entsprach weder den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes, noch lag sie im Interesse der Kameraden. In einer Reihe von Fragen hat die Bezirksleitung jedes Zeichen von Demokratie in der Gewerkschaft vermissen lassen. In bestimmten Einzelfällen war die Handlung der Bezirksleitung eine für den Verband schädliche.

Besonders hervorzuheben sind aus dem Jahresbericht nachstehende Fragen:

Die letzte Lohnbewegung im vergangenen Jahre schloß mit einem Schiedsspruch ab, der eine Erhöhung des Lohnes um 7 Prozent vorsah. An der Arbeitszeit hat sich nichts geändert, obwohl schon immer die Siebenstundenschicht unter Tage und acht Stunden über Tage eine alte Forderung der Bergarbeiter sind. Der Schiedsspruch konnte nur deshalb so vollkommen ungenügend ausfallen, weil die Leitung des Verbandes einen Kampf um die gestellten Forderungen weder wollte noch irgendwie vorbereitet hat. Eine zweite Frage ist die der Knappschaftswahlen. Die Bezirksleitung hat dabei, gegen jeden demokratischen Grundsatz, die Kandidaten nicht von den Kameraden in den einzelnen Sprengeln aufstellen lassen, sondern in den meisten Fällen vom grünen Tisch aus die Kandidaten diktatorisch bestimmt. Die Folge davon mußte das Anwachsen der christlichen Richtung sein.

Bei den Betriebsrätewahlen im vorigen Jahre hat die Bezirksleitung des Verbandes eine Methode angewendet, die die schärfste Mißbilligung verdient. Die Bezirksleitung hat auf der Heinitzgrube, obwohl bereits eine freigewerkschaftliche Kandidatenliste eingereicht war, durch eine besondere Sitzung von bestimmten SPD.-Funktionären eine zweite Liste der freien Gewerkschaft aufstellen lassen. Auf der Königin-Luise-Grube wurde neben der freigewerkschaftlichen Liste des BAV. eine zweite des DMV. aufgestellt. In beiden Fällen war die Spaltung der Freigewerkschaftler die Folge einer solchen Methode. Auf diesen unerhörten Schritt der Bezirksleitung ist auch der Erfolg der gegnerischen Verbände zurückzuführen.

Ein weiteres Kapitel in der Politik der Bezirksleitung ist die Frage der Ausschlüsse aus dem Verband. Gemessen an der im oberschlesischen Bezirk beschäftigten Belegschaftsziffer ist der Einfluß des Verbandes sehr gering. Diese Tatsache ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die Einstellung der Leitung des Verbandes zu den Fragen der Arbeitszeit und Lohnpolitik. Trotzdem alle alle Kräfte, die zur Verfügung stehen, dazu angespannt werden müßten, um die Stärke und Einheit der Organisation zu fördern, wirft die Bezirksleitung wichtige und fähige Funktionäre aus dem Verband und spaltet bei Betriebsrätewahlen die Reihen der Arbeiter. So hat die Bezirksleitung in Beuthen die seit Jahren organisierten und als Betriebsräte auf der Heinitzgrube tätigen Kameraden Kempinski und R. Schweda unter der fadenscheinigsten Begründung ausgeschlossen. Bloß der Umstand, daß sie an der Arbeit und Taktik der Verbandsbürokratie Kritik üben, reichte der BL. für den Ausschluß aus.

Aber auch die Einstellung der Bezirksleitung gegenüber den gegnerischen Verbänden ist mit den freigewerkschaftlichen Grundsätzen unvereinbar. So hat z. B. das Mitglied der BL., Kamerad Grziwotz, in einer Belegschaftsversammlung der Bergarbeiter bei Roth in Hindenburg u. a. folgende Ausführungen gemacht:

Wenn ein Kamerad sich noch nicht dazu entschließen kann, in die freie Gewerkschaft einzutreten, so hat er im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft doch so viel andere Möglichkeiten, sich zu organisieren.

Eine solche Meinung eines Angestellten des Verbandes ist verbandsschädigend und verdient die schärfste Kritik.

Die vorstehenden Tatsachen sind nur ein Ausschnitt der Ereignisse des vergangenen Berichtsjahres, aber sie reichen aus, um die Arbeit der BL. mit schärfster Kritik zu betrachten.

Die Haltung in den verschiedenen Fragen ist der klarste Beweis dafür, daß die Bürokratie des Verbandes den Boden des proletarischen Klassenkampfes verläßt und infolge der Arbeitsgemeinschaftspolitik sich auf seiten der Unternehmer schlägt. Die bisherige Tätigkeit der BL. schädigt die Arbeiterschaft und unterstützt die Methoden der Gegner der Arbeiterklasse.

Die Konferenz spricht daher der BL. das Mißtrauen aus."

*

Nachdem unter Punkt 2 über Jugendfragen gesprochen wurde, ergriff zu Punkt 3 der Bezirksleiter Kossahl das Wort zur „Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens". Die ganze Weisheit von Kossahl bestand darin, nur das Ueberarbeitszeitabkommen zu kündigen. **Im übrigen solle den Unternehmern überlassen bleiben, den Tarif und Manteltarif selbst zu kündigen.**

Kein Wort von Siebenstundenschicht unter Tage. Der Phraseur beschränkt sich darauf, den Bergarbeitern zu empfehlen, sie sollten nach sieben Stunden den Schacht verlassen.

Kein Wort von Kohlen für Invaliden, vom Urlaub für Jugendliche, von Beseitigung der Strafbestimmungen, von Rechten der Betriebsräte und Verminderung der vielen Gruppierungen.

Kossahl ließ durch seinen treuen Diener Mandla beantragen, daß über diesen Punkt nicht diskutiert werden sollte. Die Kameraden haben zu diesem Punkte eine ganz klare Haltung eingenommen und die nachstehende Entschließung eingereicht:

Forderungen der Bergarbeiter

„Die Revierkonferenz nimmt Stellung zu der Kündigung des Manteltarifs und des Ueberarbeitszeitabkommens und stellt fest:

Die Arbeitszeit, Arbeitsmethoden und Löhne im oberschlesischen Bergbau sind die denkbar schlechtesten und müssen geändert werden. Die Konjunktur im Bergbau ist günstig wie selten zuvor. Trotzdem besteht im Bergbau unmenschlich lange Arbeitszeit mit brutalem Antreibersystem. Die Durchführung der bergbaupolizeilichen Vorschriften, Sicherheitsmaßnahmen, sozialen und hygienischen Fürsorge ist äußerst mangelhaft. Die im Manteltarif festgelegten Fragen bedingen eine radikale Aenderung. Die Löhne sind gegenüber der Teuerung für Lebensmittel, Bedarfsgegenstände und allgemeiner Teuerung durch Eisenbahntarife, Mieten und Steuern vollkommen unzureichend.

Obwohl die Kameraden in den letzten Jahren immer wieder die Forderungen gestellt haben, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne entsprechend zu erhöhen, ist es zu einer Besserung nicht gekommen. Auch die letzte Lohnbewegung im Sommer vergangenen Jahres brachte nicht viel Positives. Die Leitung des Verbandes hat den Kampf um die gestellten und berechtigten Forderungen der Bergarbeiter nicht organisiert, sie ist diesem Kampf aus dem Wege gegangen. Die nächste Gelegenheit, die wirtschaftliche und soziale Lage zu bessern, ist bei dem Ablauf des Termins für den Manteltarif und das Ueberarbeitszeitabkommen am 1. März gekommen. Diesen Termin zur unbedingten Kündigung und Einreichung von konkreten Forderungen zu benutzen, ist Pflicht des Verbandes.

Die wichtigsten Forderungen sind:

1. **Das Ueberarbeitszeitabkommen für den oberschlesischen Bergbau muß am 1. März zum 31. März, und das Lohnabkommen muß am 1. Mai zum 31. Mai gekündigt werden.**
2. **Siebenstundenschicht unter Tage, Achtstundenschicht über Tage, für Jugendliche bis 18 Jahre sechs Stunden Arbeitszeit.**
3. **Der Lohn wird ab 1. Juni pro Schicht und Mitglied der Belegschaft ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht oder Art der Beschäftigung um 1,50 Mark erhöht.**
4. **Ablehnung jeder Ueberarbeit. Ist Ueberarbeit aus betriebstechnischen oder Sicherheitsgründen für Betrieb und Leben der Belegschaft notwendig, so darf diese nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen (§ 3).**
5. **Abschaffung des Strafsystems.**
6. **In den verschiedenen Paragraphen des Tarifvertrages sind nachstehende Aenderungen durchzuführen:**

   § 4 Abs. 2 muß heißen: Kriegs- oder Militärdienst sowie Wechsel der Arbeitsstelle gilt nicht als Unterbrechung der Tätigkeit.

   Im Absatz 3 wird der Satz: „Die Beschäftigungszeit im Alter ..." ist zu streichen.

   Der Absatz 3 erhält im übrigen folgende Fassung:

   „Der Urlaub wird allen Arbeitern gewährt und beträgt: bei einer Tätigkeit

   von 1 bis 3 Jahren 8 Arbeitstage,
   von 4 bis 10 Jahren 14 Arbeitstage,
   über 10 Jahren 21 Arbeitstage.

   Die Absätze 2, 7, 8, 10 und 11 sind zu streichen und wird folgende Formulierung festgelegt:

   „Bummelschichten dürfen auf den Urlaub nicht angerechnet werden. Im Falle der Entlassung oder Kündigung erhält der Arbeiter den für das laufende Jahr zustehenden Urlaub."
7. **§ 5, Absatz 4 erhält folgende Fassung: „Im Falle der vollständigen oder teilweisen Unterbrechung des Betriebes wegen Störung, Mangel an Absatz oder Wagenmangel ist der Lohn fortzuzahlen."**
8. **Im § 6 Absatz 1 werden die Worte: „nicht jedoch für Krankentage und gewöhnliche Arbeitstage ..." gestrichen.**
9. **Im § 8 wird ein weiterer Abschnitt mit folgendem Wortlaut angefügt: „Sprengstoffe, Lampen, Knieschützer und Lederlappen sind von der Grubenverwaltung unentgeltlich zu liefern." Alle die Bezahlung vorstehender Gegenstände betreffenden Punkte unter 1, 2 und 3 sind zu streichen.**
10. **Im § 9 müssen die Absätze B und C durch folgenden Wortlaut ersetzt werden: „Ledige Arbeiter und Arbeiterinnen, die einen eigenen Haushalt führen, erhalten die Hälfte der Kohlenmengen eines Verheirateten der gleichen Kategorie.**

    Ledige Arbeiter, die mit anderen Personen einen gemeinsamen Haushalt führen, erhalten die Kohlenmengen eines Verheirateten. Lehrhauer erhalten dieselben Kohlenmengen wie Hauer."
11. **Der § 10 erhält folgende neue Fassung:**

    „Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern dürfen nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen."

    Die im Tarifvertrag aufgeführte Gruppeneinteilung erhält folgende Fassung:

    „Hauer, Schachthauer, Holzgruber, Rohrleger bei Spülversatz, Maurer, Zimmerhauer, Reparaturzimmerhauer, Füllortanschläger, Lehrhauer erhalten den höchsten Hauerlohn.

    Schrämer, Zimmerlinge, Anschläger über Tage erhalten 90 Prozent des Hauerlohnes.

    Förderleute werden von 9 auf 3 Pos. heruntergesetzt, und zwar:
    von 16—18 Jahren,
    von 19—21 Jahren,
    von 22—24 Jahren.

    Die Facharbeiter gliedern sich in drei Positionen:
    Gelernte Arbeiter über 24 Jahren Gruppe A
    Gelernte Arbeiter unter 24 Jahren Gruppe B
    Ungelernte Arbeiter über 24 Jahren Gruppe B
    Ungelernte Arbeiter unter 24 Jahren Gruppe C
    Heilgehilfen Gruppe A.
    Markenkontrolleure Gruppe A
    Badewärter Gruppe B
    bei einer Arbeitszeit von acht Stunden ohne Lohnkürzung.

    Tagearbeiter
    werden von 9 auf 3 Positionen heruntergesetzt:
    von 16 bis 18 Jahren
    von 19 bis 21 Jahren
    von 22 bis 24 Jahren
    Arbeitszeit acht Stunden, keinerlei Lohnkürzung.

    Fördermaschinisten und Hilfsmaschinisten Gruppe A bei Förderung und Seilfahrt. Maschinenanwärter, Wärter an Pumpen, Aufzügen, Haspeln usw. Gruppe B."

Die Konferenz ist sich darüber klar, daß die vorstehenden Forderungen vollauf berechtigt sind, um die elende Lage bei den Bergarbeitern auch nur etwas zu bessern. Sie sind sich aber auch darüber klar, daß diese Forderungen nur durch geschlossenen und bis ins kleinste organisierten Kampf durchgeführt werden können.

Dieser Kampf gegen das Unternehmertum muß sich auch gegen das vom kapitalistischen Staate eingeführte Schlichtungswesen richten, welches bisher nur im Interesse der Unternehmer entschieden hat.

Bei dem geringen Einfluß, den die Gewerkschaft bei den Bergarbeitern hat, kann ein Kampf nur erfolgreich geführt werden, wenn er auf breitester Basis, d. h. in geschlossener Front zwischen Organisierten und Unorganisierten aufgenommen wird.

Die Betriebsräte sind der berufenste Teil, um die Belegschaft einheitlich in den Kampf zu führen, daher müssen bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen solche Kameraden als Kandidaten aufgestellt werden, die einmal das Vertrauen der Gesamtbelegschaft besitzen, und die andererseits gewillt sind, zu kämpfen gegen die Koalitionspolitik, Wirtschaftsdemokratie und das Schlichtungswesen.

Ueberall müssen Belegschaftsversammlungen einberufen werden, in denen den Arbeitern

a) **die Lage und die zu stellenden Forderungen klargemacht werden,**
b) **Kampfleitungen gewählt werden müssen. Die Kampfleitungen setzen sich zusammen aus den besten Kampfelementen der organisierten und unorganisierten Arbeiter.**

Ihre Aufgaben sind:

1. **Durchführung einer Buchkontrolle für Masseneintritte in die freie Gewerkschaft zur Stärkung der revolutionären Kampfkraft und gesteigerte Bekämpfung der verderblichen Koalitionspolitik, Wirtschaftsdemokratie, Schlichtungswesen und Massenausschlüsse oppositioneller Kameraden.**
2. **Die Belegschaften zu Versammlungen gegen wachsende Ausbeutung und für den Streik um die Forderungen zusammenzuberufen, die Kundgebung durch Hinzuziehung der benachbarten Belegschaften, wie Verkehrs-, Gemeinde-, Staats-, Transport- und Metallarbeiter, zu diesen Kundgebungen zu verstärken, um das Kampfbündnis und die proletarische Solidarität zu sichern, den Kampfwillen und das Klassenbewußtsein der Belegschaften zu stärken.**
3. **Die Kommunen sind durch Massendemonstrationen unter schärfsten Druck zu setzen, die revolutionären Parlamentsfraktionen müssen in engster Verbindung mit den Massen eine allgemeine ausreichende Unterstützung aller Kämpfenden durchsetzen.**
4. **Die Erwerbslosen müssen zu allen Kampfkundgebungen, die Vertreter der Erwerbslosen zu den vorbereitenden Kampfausschüssen herangezogen werden. Die Internationale Arbeiter-Hilfe muß durch die Arbeiterschaft gestärkt werden.**

Nur auf vorstehender Grundlage ist denkbar, daß die gestellten Forderungen verwirklicht werden, daß aus der Organisation durch den siegreichen Kampf die revolutionäre Kraft wird, die die Arbeiterklasse zu ihrem Befreiungskampfe braucht."

*

Die Entschließung enthält nicht nur eine Feststellung der Lage im Bergbau, sie enthält praktische Vorschläge für den Manteltarif über die wichtigsten Fragen. Sie zeigt aber auch den Bergarbeitern den Weg, den sie einschlagen müssen um ihre berechtigten Forderungen zu verwirklichen. **Der verschärfte Kampf gegen Reformismus, gegen Schlichtungspolitik, Koalition und Wirtschaftsdemokratie ist die Forderung der Opposition, der auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftler.**

Die Reformisten auf der Revierkonferenz merken, daß ihre Politik auch dem primitiven Kumpel nicht mehr glaubwürdig erscheint, daß die Kumpels anfangen zu rebellieren und die Forderungen der Opposition gutheißen.

Daher die Wut und Drohungen der reformistischen Führer, daher die Hetze und Beschimpfung von Kommunisten. Franz, der „Kamerad" und die rechte Hand von Husemann, wagt frech, die Genossen zu beschimpfen. In seinen Augen sind die ehrlichen Proleten, Schieron und andere, Dummköpfe. Er ist der „schlaue" Bürgermeister von Zentrums Gnaden.

„Ausschluß!" brüllt die Meute der Reformisten mit Schmidt aus Bochum an der Spitze.

Schon haben die Reformisten angefangen, ihre Drohungen in die Tat umzusetzen. Zwei Tage nach der Revierkonferenz erschien beim Genossen Schieron der getreue Knecht von Kossahl, der bekannte Demagoge Krzymek, er erklärte ihm, daß er seines Amtes als Zahlstellenleiter enthoben sei. Die Rache der Reformisten ist schnell und rücksichtslos. Sie schrecken nicht zurück vor der Zerschlagung der freigewerkschaftlichen Bewegung. Sie wenden überall dasselbe Mittel an, um sich der Opposition zu entledigen, um der Bourgeoisie zu beweisen, daß sie die beste Regierungspartei sind.

In Rellinghausen läßt Husemann die ganze Zahlstellenleitung des BAV. mit Polizeigewalt absetzen. In Halle werden den Mitgliedern des DMV. Reverse vorgelegt, die an Schändlichkeit nicht übertroffen werden können.

Es gilt, den Spaltern und Schädlingen der Arbeiterklasse das verbrecherische Handwerk zu legen.

Bei den kommenden Betriebsrätewahlen müßt ihr Kumpels ihnen gründlich aufs Maul schlagen.

Stellt einheitliche Kandidatenlisten der revolutionären Opposition in den Belegschaftsversammlungen auf!

Macht Belegschaftsversammlungen und klärt die Kameraden über die Forderungen der Opposition auf.

Wählt Kampfleitungen zur Vorbereitung des Lohn- und Arbeitszeitkampfes.

Schließt das Kampfbündnis mit allen anderen Berufsschichten des Proletariats und mit dem Millionenheer der Erwerbslosen.

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Helfern.
Es lebe die internationale Gewerkschaftseinheit!

Verantwortlich: Fritz Jendrosch, M. d. L., Hindenburg.
Druck: Peuvag, Berlin, Filiale Breslau.